

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“ ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einzelnste Annoncenzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 13. März 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Spaltung der „Deutschen Volkspartei“ Gründung einer Sondergruppe von rechts.

Nach einer Meldung der Telegraphen-Union, die zu dem rechten Flügel der „Deutschen Volkspartei“ gute Beziehungen unterhält, ist gestern in Berlin innerhalb der Deutschen Volkspartei eine „Nationalliberale Vereinigung“ gegründet worden.

In Berlin fanden sich am 12. März zahlreiche führende Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Deutschen Volkspartei zusammen. Eine eingehende Aussprache gab den Besorgnissen über die Politik der Partei starken Ausdruck.

Die Gründung dieser Vereinigung geht hauptsächlich aus von Kreisen der Schwerindustrie und von führenden Abgeordneten des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei.

Wie die U. weiter erfährt, ist der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei auf Sonnabend, den 15. März, vormittags nach Berlin einberufen worden, um zu der Gründung der „Nationalliberalen Vereinigung der Deutschen Volkspartei“ Stellung zu nehmen.

Die Kompetenzen des Völkerbundes.

Genf, 12. März. (WTB.) Der Völkerbundrat beriet heute abend in geheimer Sitzung über die durch den Korfu-Konflikt aufgeworfenen Fragen der Zuständigkeit des Völkerbundes bei allen internationalen Konflikten.

Die Debatte galt den Antworten, die der juristische Ausschuss auf die vom Völkerbund vorgelegten fünf Fragen ausgearbeitet hat.

1. Die Frage, ob der Völkerbund, wenn er bei einem Streitfall von einem Mitglied des Völkerbundes angerufen wird, vor jeder Prüfung des Falles sich darüber schlüssig werden muß, ob dieser Fall wirklich auf Grund des Artikels 15 des Paktes zu einem Bruch führen kann, wird verneint.

2. Wenn bereits eine andere Lösung auf Grund eines Schiedsverfahrens oder Gerichtsverfahren im Gange ist, hat der Rat die Prüfung des Streitfalles zu verweigern.

3. Andere Ausnahmen für die Zuständigkeit des Rates, als die im Pakt Artikel 15 Abs. 8 vorgesehenen, sind nicht zuzulassen, vor allem nicht die üblichen Vorbehalte in den Schiedsverträgen.

4. Die Frage, ob Zwangsmaßnahmen, die nicht als Kriegserklärungen gedacht sind, mit Artikel 12 und 15 vereinbar sind, wird dahin beantwortet, daß nach den Umständen und dem Charakter der betreffenden Maßnahmen der Rat selbst zu entscheiden habe, ob die Zwangsmaßnahmen beizubehalten oder einzustellen sind.

5. Für auf seinem Gebiet begangene politische Verbrechen trägt der Staat nur dann die Verantwortung, wenn er nicht die notwendigen Vorbeugungs- und Strafmaßnahmen ergreift.

Nach längerer geheimer Beratung über diesen Text wurde seine Annahme durch den Völkerbund beschlossen, aber den einzelnen Mitgliedern das Recht zugestanden, in der öffentlichen Sitzung Vorbehalte zu machen, ohne — wie endgültig festgesetzt wurde — Erklärungen abzugeben.

unter Verzicht auf Vorbehalte, wollte jedoch Kommentare oder Erklärungen in der öffentlichen Sitzung zulassen. Er gab dabei die Erklärung ab, daß die italienische Regierung im Interesse des Weltfriedens sich von den Vorschriften des Paktes leiten lassen werde.

Wenckfrage und österreichische Zanierung.

Genf, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Während der Mittwochs- und Donnerstags-Sitzung erstattete Norman Davis den Bericht der Wenckkommission und legte dem Rat die Konvention über Wenck vor.

In der Nachmittags-Sitzung wurde der Bericht über die österreichische Finanzlage erstattet. Aus dem Bericht Zimmermanns ist zu ersehen, daß das österreichische Budget bereits jetzt fünf Monate nach Aufnahme der Völkerbundansätze balanciert sei.

Der Bericht wurde über diese Frage mindestens drei Lösungen zur Auswahl vorgelegt, die aber alle die deutsche wirtschaftliche Oberhoheit respektierten, weil die Sachverständigen dies als wesentliche Bedingung für die Wiederherstellung geordneter Zustände in den deutschen Finanzen ansehen.

Differenzen bei den Sachverständigen.

Finanzkontrolle und Moratorium.

Paris, 12. März. (CP.) Der „New York Herald“ teilt mit, daß das Komitee Dawes einen Redaktionsausschuß gebildet hat, der bereits am Dienstag abend mit der endgültigen Abfassung des Berichtes begonnen hat.

Französische Anleihe in London.

London, 12. März. (WTB.) Zu den Meldungen über Kreditverhandlungen Frankreichs in London erfährt der Finanzmitarbeiter des „Manchester Guardian“, es handle sich um einen Akzeptkredit von fünf Millionen Pfund Sterling.

Die Gestrigen gegen die Heutigen.

Paris, 12. März. (CP.) Am Freitag wird der Prozeß seinen Anfang nehmen, den verschiedene Zeitungen und Pariser Journalisten gegen die „Humanité“ wegen ihrer bekannten Enthüllungen angestrengt haben.

Heute Auflösung!

Die letzte Sitzung des alten Reichstags.

Als Präsident Böbe gestern als 8. Punkt der heutigen Tagesordnung des Reichstags die Beratung der zu den Beratungen der Regierung eingebrachten Abänderungsanträge vorschlug, gingen Kna-Rufe und verständnisvolle Heiterkeit durch das Haus.

Mathematiker haben schon berechnet, daß bei angelegtem 12-Uhr-Eröffnung des großen Ereignisses um 2 Uhr nachmittags eintreten wird.

Herr Dr. Marx hat kein dramatisches Talent, und auch die Regie seiner Helfer hat versagt. Die Regierung war an die bürgerlichen Mittelparteien mit dem Wunsch herangetreten, sie möchten doch einen Antrag einbringen, durch den über sämtliche Abänderungsanträge der Uebergang zur Tagesordnung erklärt wird.

Indem die bürgerlichen Mittelparteien den Wunsch ihrer Regierung ablehnten, um sich nicht selber noch größere Verlegenheit zu bereiten, haben sie die Verlegenheit der Regierung nur noch verneinert.

Bei der Auflösung des Reichstags im Jahre 1906 wegen der Kürzung der Hottentottkredite sprach Bülow die berühmten Worte: „Man hat mir das Wort nachgesagt: Nur keine innere Krise! Meine Herren, dieses Wort habe ich nicht gesprochen!“

Herr Marx wird heute keine Spiegelproben machen, desto ängstlicher aber wird er sich über die Frage den Kopf zerbrechen, wie er das Auflösungsdekret überhaupt herausbringen soll.

Noch ehe der Reichstag zu einem Beschluß gekommen ist, soll er aufgelöst werden. Er soll nur deshalb aufgelöst werden, weil er es sich herausnimmt, sich zu überlegen, ob die Verordnungen der Regierung nicht abgeändert werden sollen.

Unter diesen Umständen wirkt die Auflösung als ein beinahe komisch anmutender Akt der Verlegenheit. Und darum haben auch die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien keine Auflösungsparole, denn sie haben sich zu offenkundig ins Unrecht gesetzt.

Zu den Resten, die der Reichstag in seiner heutigen Sitzung noch verabschieden soll, gehört auch eine Anregung, die Fahrkarten der Abgeordneten bis zu den Wahlen weiter gelten zu lassen. Ein böswilliges oder jahrelanges Versehen des vom „Berein Deutscher Zeitungsvereiner“ herausgegebenen Berichts macht daraus einen „Antrag auf Weiterzahlung der Diäten und Befassung der Freifahrkarten“.

Dem Reichstag liegen außerdem noch Anträge vor, den 12. April zum Wahltag und zum allgemeinen Ruhetag bei Bezahlung des Lohnausfalls zu erklären, falls aber dies abgelehnt wird, in der Karwoche öffentliche politische Versammlungen zu verbieten. Der erste Antrag greift in die Rechte des Reichspräsidenten ein, im Fall der Auflösung den Wahltermin innerhalb von 60 Tagen selbst zu bestimmen, er gibt außerdem für die Bezahlung der Löhne keine Gewähr und bedeutet eine doppelte Verfassungsänderung. Auch der zweite Antrag muß starken Bedenken begegnen, da er für eine Woche des Wahlkampfes die verfassungsmäßige Versammlungsfreiheit beschneidet und außerdem zu mißbräuchlichem Verbot nicht öffentlicher Versammlungen eine Handhabe bietet. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt beide Anträge ab.

Nachdem also der Reichstag schlecht und recht sein Haus bestellt haben wird, wird er heute verschwinden, nachdem er seine ganze Legislaturperiode abzüglich dreier Monate abgedient hat. Die Wahlen werden voraussichtlich etwa einen Monat vor dem Fälligkeitstermin vorgenommen werden. Das ist an sich kein Grund zur Aufregung. Aber das Ende dieses Reichstags ist schlecht, weil er nicht die Kraft gefunden hat, aus seiner Mitte eine Regierung zu bilden, die sich auf eine Mehrheit stützt, und weil er auf der anderen Seite auch gegenüber einer Minderheitsregierung nicht die Kraft gefunden hat, seinen Willen durchzusetzen.

Daraus droht dem System der demokratisch-parlamentarischen Regierung der Verfall, dem nur ein kräftiger Reichstag Einhalt zu gebieten imstande wäre. Ein solcher Reichstag ist aber nicht denkbar ohne eine starke Sozialdemokratie.

## Triumvirat und Direktorium.

### Geständnisse im Hitler-Prozess.

Die Aussagen des Polizeiobersten Seißer im Hitler-Prozess deckten sich im allgemeinen mit den Aussagen der beiden anderen Hauptzeugen Vossow und Kahr. Auch Seißer stützte sich auf ein umfangreiches Manuskript. Es ist auffällig, daß die Aussagen der drei in vielen Punkten fast wörtlich übereinstimmen, mögen die Zeugen auch in der Gruppierung der Materie im einzelnen selbstständig vorgegangen sein.

Neu war, was Seißer über seine Berliner Reise zu berichten hatte. Ueber die Unterredung zwischen General v. Seeckt und Seißer erfährt man hier zum ersten Male etwas Authentisches, ebenso über die Berliner Verhandlungen des Polizeiobersten mit den Kreisen der Industrie und der Landwirtschaft.

Wer waren diese Kreise der Industrie und der Landwirtschaft, die neben den legitimen und illegitimen bayerischen Stellen und gewissen Teilen der Reichswehr dem Direktorium mit diktatorischen Vollmachten in den Sattel verhilfen sollten? Zwar nicht die Kahr, Seißer und Vossow, aber die „Zeit“ gibt auf diese Frage Antwort. Sie weist auf Erklärungen des Kommerzien und des Brandenburgischen Landbundes sowie der Vorsitzenden der deutschen nationalen Landesverbände und der Vertreter der Vereinigten vaterländischen Verbände in der kritischen Periode hin, die sich samt und sonders in auffälliger Weise an Kahr herandrängten. Man wird aber auch an die bekannte Erklärung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ des Herrn Stinnes erinnern müssen, in der „ganz etwas Neues“ angekündigt wurde. Kahr selbst bezog sich vor allem auf die „Tropfen und Scher“ als die „Persönlichkeiten aus dem Norden“, mit denen die Frage der Diktatur besprochen wurde. Zwei ehemalige Flottenchefs und ein Stinnes-Direktor standen also im Vordergrund. Man kennt diese Mischung aus der Vorkriegszeit und ist im Bilde.

Weniger klar ist, wie sich die Herren nun eigentlich den Abführung dachten. In dieser Hinsicht sind sie außerordentlich schweigsam, und Generalstaatskommissar a. D. Kahr, der auch gestern ein überaus peinliches Kreuzverhör über sich

ergehen lassen mußte, leidet regelmäßig an Gedächtnis-schwäche, wenn die Verteidigung in dieser Frage auf den Busch klopfte. War von einem Marsch auf Berlin die Rede, hat sich Kahr in dieser Richtung geäußert? Kahr verfuhr die Stöße, die die Verteidigung gestern auf ihn richtete, heute nachträglich zu parieren, indem er zwei Schreibbriefe aus der Tasche zog, in denen ihm Oberst v. Englander und Prof. Sittmann attestierten, er habe ihnen gegenüber von einem Vormarsch nicht gesprochen. Aber die Verteidigung hatte ein ganzes Schock neuer Pfeile im Köcher, die ohne Erbarmen auf den Generalgewaltigen geworfen wurden. Die Namen zweier weiterer Offiziere werden genannt, die die Behauptung der Verteidigung erhärten. Eine Rede des Generalstaatskommissar-Bertraters, Baron von und zu Aufseß, wird verlesen, eine Rede, gehalten am 20. Oktober 1923 in München vor einem illustren Publikum. Und was für eine Rede! Man muß sagen, eine feine Gesellschaft, die derartigen Akrobatikstücken einer höchst feudalen Roheit Geschmack abgewinnt. Und der Inhalt dieser Rede? Nicht wiederzubegebende Beschimpfungen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, Erklärung der gewalttätigen Rebellion, Appell an die Waffen! Herr von Kahr aber... er kann nicht denken, er weiß von nichts, er erinnert sich nicht. Jeder soll ein deutscher Held. Die ewige Melodie, die ihm so abgenüht klingt, je öfter sie wiederholt wird.

Sonderbar, höchst sonderbar, was die Verteidigung von einzelnen Offizieren der Reichswehr — und nicht gerade den ersten besten — behauptet. Da ist z. B. der General Müller, von seiner sächsischen Tätigkeit her in allerbesten Erinnerung. Dieser General soll seine Truppe bei der Stabilisierung seiner Macht in Sachsen in — sagen wir — weiße und schwarze Schafe eingeteilt haben, solche, die „mitmachen“, und solche, die zur „Linken“ gehören, und er selbst soll sich unter unangehörigen Redensarten an die Spitze der weißen Schafe gestellt haben. Ähnliches ist zwar seinerzeit schon von einem Untergebenen des Herrn Müller behauptet worden, aber es wurde damals der so beliebte Dementierapparat des 4. Wehrkreises in Bewegung gesetzt. Es ist nötig, doch einmal etwas tiefer in die Zusammenhänge zwischen Nord und Süd hineinzuleuchten, wie überhaupt der Prozess immer mehr an allgemeiner Bedeutung gewinnt, je energischer die Verteidigung an den Vorhängen zupft, die das „nationale“ Interesse über gewisse Komplexe zu breiten bemüht ist.

## Ludendorff, der Kalif!

### „Juden raus!“ — „Stahlhelm“-Versammlungen verboten!

Eine Führertagung des Stahlhelmbundes hat dieser Tage in Halle stattgefunden. Dort wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die auch für die weitere Öffentlichkeit einiges Interesse haben. Zunächst wurde die Reichsregierung angeklagt, sie solle gegenüber dem „Freiheitsbund“ mehr „Wärme und Energie“ zeigen. Dann wurde dem Hochverräter Ludendorff das Gelübnis uner-schütterlicher Treue ausgesprochen. Schließlich — wir zitieren nach der „Deutschen Tageszeitung“ — „verwahrte sich der „Stahlhelm“ gegen die unberechtigte Zensur der Deutschösterreichischen Freiheitspartei, wie überhaupt gegen jede parteipolitische Zerlegung innerhalb des Stahlhelms“.

Um die geschlossene Front der Frontkämpfer zu zeigen, wurde befohlen, daß der „Stahlhelm“ in ganz Deutschland keine Juden in seine Reihen aufnehmen darf, und endlich entschied man sich dahin, daß sofort nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses alle Mitgliederversammlungen des „Stahlhelms“ ausfallen sollen, um Wahlerörterungen innerhalb der Organisation zu vermeiden. Von den Angehörigen des „Stahlhelms“ wird jedoch erwartet, daß sie „nur die besten Parteien wählen, die den Kampf gegen jede Internationale führen“.

Die Zerlegung innerhalb dieses Frontkämpferbundes ist also schon so weit gediehen, daß er alle Mitgliederversammlungen ver-

bieten muß, damit seine Anhänger sich nicht gegenseitig an den Thron setzten. Einig ist diese nette Brüderlichkeit nur in der Feindschaft gegen das Judentum und die Internationale. Das ist alles, aber auch sehr ehrenvoll für die Internationale.

Ueberzogen wird das nur noch durch die händische Verehrung für den Hahnenkämpfer Ludendorff. Darin stimmen die Stahlhelmer ganz überein mit den Deutschösterreichern, gegen deren Zensur sie sich sonst sträuben. In welcher Art diese Anhimelung des politischen Spießers, der einst berufen war, deutsche Soldaten zu kommandieren, getrieben wird, mögen ein paar Sätze aus einem Stimmungsbild darthun, das in der völkischen „Meklenburger Warte“ über den Münchener Prozess entworfen wird. Da ist von der Benennung des Oberfeldmarschalls v. Berchem die Rede:

Herrn v. Berchem ist manches entfallen. Hier aber geschieht das Unglaubliche, um die Feindschaft des Eindringlings zu veranschaulichen, daß er die Ankläger, brüskiert er Ludendorff, den Feldherrn des Weltkrieges.

In Uniform! In Uniform verläßt einen Offizier die Erziehung, daß er einem Ludendorff eine Antwort gibt, die mehr als... unhöflich ist. In Uniform...

Es ist einseitig, diese Lust, die um Kahr weht. Entweder, seine Freunde, sie müssen die Unwahrheit sprechen. Oder sie entsinnen sich nicht. Oder ein Offizier, vor innerer Aufgereiztheit, muß zumindest seine gute Erziehung in so ungeheuerlicher Weise verleugnen...

Nicht wahr, Gotteslästerung ist gar nichts gegen den Gedanken, daß ein Offizier „in Uniform“ nicht dem pensionierten Hochverräter die Stiefel fühlte! „In Uniform!“ Den — äh! — Zivilisten Ludendorff! Ein schrecklicher Gedanke, daß irgend jemand anderer Meinung sein kann als dieser General a. D. Ludendorff schimpft auf den Papst und die Katholiken. Er selbst wird von seinen völkischen Anhängern zum Abgott, zum Kalifen des völkischen Reiches gemacht, vor dem jeder Untertan auf dem Bauche rutschen muß. Wirklich erfreuliche Aussichten für die Zukunft!

## Ein echter Helfferich-Anschlag.

Herr Helfferich bemühte gestern im Reichstoge die Beratung des Gesetzentwurfes über die Ausprägung von Silbermünzen, um einen neuen Anschlag auf die Währungshoheit des Reiches zu unternehmen. Er beantragte, die neue Silbergeldemünze nicht auf Gold, sondern auf Rentenmark abzustellen. Er wolle gleichzeitig erreichen, daß die Rentenmark zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt werde. Damit würde die Währungshoheit vom Reich auf die Leitung der Rentenbank übergehen, die in der Hand von Industrie und Landwirtschaft ist. Auf diese Weise würde die Staatsautorität der Wirtschaft gegenüber abermals erheblich geschwächt werden. Entgleitet die Währungshoheit den Händen des Staates, so bedeutet das eine entscheidende Stärkung der Stellung der Wirtschaft, die sich immer mehr vom Einfluß des Staates befreit.

Dieser Anschlag in der letzten Stunde ist die Konsequenz der Pläne, die Helfferich in Verbindung mit der Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels im Auge hatte: die Auslieferung der Währung, aber auch des wirtschaftspolitischen Einflusses, den die Reichsbank durch ihre Funktion als Kreditinstitut hat, an die Interessenten in Landwirtschaft und Industrie. In der Debatte, die sich an den Antrag Helfferich angeschlossen, wurde durch den Genossen Herz scharf der Unterschied zwischen dem Interesse, das die Allgemeinheit an der Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels hat, und dem parteipolitischen Interesse Helfferichs herausgearbeitet. Die Allgemeinheit braucht ein wertbeständiges Zahlungsmittel, um aus der schweren Geldkrise herauszukommen. Herr Helfferich braucht einen Vorwand, um die unbedeutenden Besteuerungen für die Landwirtschaft zu beseitigen, und durch die Abschiebung auf Roggen statt auf Gold, die er empfahl, einen verschleierte Schutz zur Hochhaltung der Roggenpreise.

Nachdem dieser Plan mißlungen ist, bemühte sich Herr Helfferich, die Ablösung der als Zwischenlösung gedachten Rentenmark durch eine wirkliche Goldlösung zu verhindern, die die wirtschaftliche Stellung des Reiches stärken würde. Diesen Plan diente der Anschlag in letzter Stunde, der Helfferich als gefährlichen Feind der Interessen des Staates zeigt.

## Problematische Naturen.

### Konzertumschau von Kurt Singer.

Das sind Menschen des Podiums, die teils einzelnen zu sein scheinen, sondern Teile eines Gesamttyps, die immer wiederkehren mit anderem Vorzeichen, deren Profil schattenhaft bleibt, die vor oder in der Entwicklungslinie stehen bleiben, die auch in bester Geduld nicht den Nimbus der Persönlichkeit verbreiten. Also die schätzenswerte Hauptmenge aller Konzertgeber. Seitens einmal springt eines dieser Talente noch nach langem Ringen aus der Bahn der zuverlässigen Tüchtigkeit. Wenigstens nicht in Berlin, der Zentrale für musikalischen Befähigungsnachweis, der großen Kontroll- und Musterstation. Aber so schwer es schließlich ist, ein ausländischer Dirigent unter Hochragenden zu werden, so leicht mühte es fallen, als Dirigent anständig in moralischem Sinn zu bleiben. Es ist ein offenes Geheimnis, daß einige wenige Kapellmeister Berlins sich ihre Konzerte, also auch den Anflug zur Karriere, gut bezahlen lassen von solistischen Kräften, die oft außer den Talenten im Beuel keine Talente mitbringen. Das ist ein Unflug, der bekämpft werden und bei weiterem Bestand zum Schutze der Standeseinheit namentlich gebremst werden muß. Schweigen könnte einmal Mißschand werden.

Doch, o Freunde, nicht diese Töne. Man möchte freudenvollere anstimmen. Da ist Fritz Busch aus Dresden, ein jung zu Ansehen gekommenen Dirigent, der im Dresdener Opernhaus eine rührige und begabte Hand zeigt. In der Staatsoper dirigiert er mehrere Konzerte und bleibt bezüglich seines Persönlichkeitswerts ein Problem. Die öffentliche Generalprobe scheint eine wirkliche Probe zu sein. Früher wurde unter den Linden nicht geübt. Busch aber probt (sowohl) und erreicht eine bloße, matte in ihren Phantasien müde, in ihren Träumereien weiltliche, nur in der Energie des Akzeptismus glänzende Vorbereitung der 4. Sinfonie Schumanns. Ueberall bleibt noch ein Raum zur Vollenbung. Nun weiß man, daß unsere Kammermusikler sich Werk im Schlafe spielen können. Erbit wenn man ihrer Ueberarbeitung Rechnung zollt: hier fehlt die Persönlichkeit, die Franken sprühen läßt und ein Wert dieser seligen Romanistik frei aus dem Herzen spielt. Der Zustand des Dirigentenwechsels in der Staatsoperkapelle ist unhaltbar geworden.

Hier spielt Edward Erdmann, Führer einer jungen Pianistengeneration, das Fis-dur-Konzert seines Freundes Kronek. Führer der jungen Komponistenchar. Dieser Kronek ist ein Ausbund von Begabung, eins der vielseitigsten schaffenden Talente aller Zeiten, ein Künstler von größtem Format. Dieses Klavierkonzert hinterläßt dennoch keine großen, keine durchhaltenden Eindrücke. Der atomale Denker gerät in Konflikt mit der Wesenheit des Klaviers, das seine diatonische, seine igrische Berufung durchdrückt. Das Konzert verlangt in jedem Fall ein Ausspielen des virtuellen Elements gegen den instrumentalen Orchesterfeind. Kronek fühlte das alles instinktiv. Da er sich aber aus innerlicher Wahrheitsliebe gegen das Gemütsvolle, gegen das Sinnige, Melodische, Diatonische sträubt, so parodiert er es in wichtigem, fähigem, aber nur episodisch wirksamen Angriff auf Schubert, auf Strauß, auf Klies schlechthin. Gefühl ist keine schwache Seite. Aber wo kommen wir hin, wenn die Empfindung, so die Empfindlichkeit unserer Begabungen verloren geht! Die schwere Aufgabe löste Erdmann in stürmischem Anflug.

Klaus Pringsheim bleibt seiner Aufgabe treu, Mahler's Gesamtwerk zolltisch darzubieten. Gelint ihm nicht alles, so gelint ihm doch viel. Das Gefängnis, drei Besonnenes des Adagio in der V. Sinfonie ist noch ohne letzte Inbrunst, und auch die unerbörten Steigerungen des letzten Satzes werden nicht fühlbar. Er dirigiert vorwiegend das Blech, das bei dieser Sinfonie gerade unförmlich die ist; die Streicher stehen zurück. In der Beherrschung des Ausdrucks aber liegt etwas Lebensstrophendes, und Pringsheim weiß davon bereit Kunde zu geben, ein inbrünstiger, feiner Sache emphatisch hingebender Mann, der später einmal seiner Flug wogenden, geistig verarbeitenden Schöpfungsart die Krone überlegener Inspiration aufsetzen wird.

Auch Heinz Unger begann als Mahler-Interpret mit glücklicher Hand. Schon manchmal versuchte er leidern, sein Können von sich abzulassen. Beethoven, Brahms — das gelang ihm alles. Und auch etwa die Hebriden-Ouverture hat einen Schwung der vergangenen Zeit in das Tempo der Gegenwart hinderschwingen läßt. In all diese Werke kann man mit allgemeiner künstlerischer Einstellung auf lebendige Kunst als Interpret sein Herzblut froh verpflügen. Nicht aber an Bruckner. Wer vom Zeitgeist Mahler's angehaucht ist, findet nicht leicht, nicht oft den Weg zu dieser Höhenkunst darzustellen. Es ist Sache jedes Musikers, sich den Atem eines sinfonischen Satzes selbst zu erfühlen. Aber es wäre Sache jedes Musikers, auch einen akustischen Eindruck, ein Erlebnis schlechthin in seinem Herzen zu tragen, bevor er Werke besonderer Begabung nachdichtet. Wer die 7. Sinfonie Bruckner's kennt, wer war. Imponderabilien? Persönliche Anschauung? Es gibt keine nach seinem Herzen bei Löwe, Rilke, Furtwängler gehört hat, der weiß, daß Unger aus dem Allegro ein zerklüftetes Andante, aus dem Adagio eine sinfonische Andacht, kein Gebet gemacht hat, und daß auch der Sphero-Ansatz mit dem Hahnenschein nicht schnell genug war. Imponderabilien? Persönliche Anschauungen? Es gibt keine Auslegungen, die imstande sind, ein Thema in sich zu zerreißen, ohne Gefahr für das Werk. Wie viel schöner, reiner, unbewußter und bewährter gab sich Unger in den Totenliedern Mahler's! Dabei hatte er hier die größte Hemmung des Abends zu überwinden: Frau Gise Wachsman. Zweifellos eine Frau mit gutem Stimm-material und im ganzen auch ein musikalisch geleiteter, sorgsam geführter Mensch. Es dringen Töne der Inbrunst aus ihrer Kehle, rechte sonore Alt-Töne. Aber der Umfang dieses Schöngesangs ist klein, keine Otaos weit. Die Aussprache ist schlecht, und der Gaumen schwinnt unangenehm in Klänge, die vom Tremolo schon genug belastet sind. Zu solcher Aufgabe ist Frau Wachsman noch nicht berufen.

Ibolyta Gyaras spielt eine Sonate von A. von Weber, die, an Brahms gewachsen, in einem schlagenden Andante ihr inneres Zentrum hat, mit großem Ton und herber Kraft. Der begleitende Komponist hat sich selbst zum Helden gemacht und stumpf geigerische Eindrücke ab. Temperament und Spielweise wachsen hier erst dem Haupttempo, den sie zu befehlen beginnt. Alexander Dikstein legt mit elegantem Fingerpiel, elementarer Leidenschaft und klugem Differenzieren der Gegensätze, nicht aber durch forrechten Bedolgedbrauch für seinen Lehrer Reger-Mahler Ehre ein (bei Brahms und Schumann).

Der problematischste der Dirigenten ist Edmund Meißel. Raminienhaft gebürt er Konzerte. Und sorgt sich dabei sogar um Kaviar, die immer Zeit und Geld kosten. Auch bekannte und

unbekannte Solisten bringt er mit. Er ist routiniert, er überbrückt Schwierigkeiten, er will hoch hinaus. Normale Geburten, Fehlgeburten, Mißgeburten, das wechselt in der Weiblichen Klinik mit einander ab. Sein zähes Streben nach Fruchtbarkeit bleibt achtunggebietend, und schlecht macht es keine Sache der Technik mehr. Der rechte Mann für populäre Konzerte. Diesmal gab es eine Mißgeburten, Cretel's sinfonische Dichtung „Der Mensch“, von Rilke einst freiert. Ein schweres, kontrapunktisch grobhart entworfenes Stück, sehr massiv im Orchester und etwas bunt an Stimmung. Bei dieser Gelegenheit merkte man, wie reparaturbedürftig die Orgel der Philharmonie ist und daß der Staub fingerdick auf den Vorhängen lastet. In den nächsten 20 Jahren dürfte ein Vacuum nicht zu vermeiden sein.

Die Ursache der Glatzenbildung. Als Ursache der Glatze wird jetzt von der medizinischen Wissenschaft die sogenannte Seborrhoe angesehen, eine Erkrankung des Hauttales, Sebum. Diese Hauterkrankung, die der Glatzenbildung voranzugehen pflegt, kann aber nach den Ausführungen von Prof. Stein in der „Wiener klinischen Wochenschrift“ nicht den Grund der Glatzenbildung selbst ausmachen. Denn danach wäre nicht verständlich, daß Frauen fast niemals eine Glatze bekommen, und dann ist die ausgebildete Glatze gegen den Rest der sonst normal behaarten Kopfhaut scharf abgegrenzt, während die Seborrhoe den ganzen Kopf befallt. Stein schließt aus der Beobachtung jünger Männer, die in früher Jugend schon kahlköpfig werden: die physiologische Haargrenze bei Kindern verläuft bogenförmig von einem Ohr zum andern. Diese Linie bleibt bei Frauen bis zum Klimakterium, weicht beim Mann nach Eintritt der Pubertät an beiden Stirnhäutern allmählich zurück. Dies sei ein sekundärer Geschlechtscharakter, erzeugt durch die gesteigerte Keimdrüsenaktivität. In gleicher Weise erklärte sich die Glatzenbildung, die Stein der Seborrhoe koordiniert und als sekundären Geschlechtscharakter auffaßt.

Neuer Kampf um des Bauhaus. Um des Weimarer Bauhaus, die Schöpfung von Walter Gropius, ist ein neuer Kampf entbrannt. Er steht offenbar im Zusammenhang mit dem Ergebnis der thüringischen Wahlen: die Gegner des Bauhauses sehen in dieser Kunststalt vor allem die nachrevolutionäre Gründung. In der Öffentlichkeit — die Weimarer Presse fordert zum Teil kurzerhand die Auflösung des Bauhauses — werden alle die Stimmen wieder laut, die seit drei Jahren immer wieder gegen die Leistung der Lehrer und die Ziele des Unterrichts protestieren, ohne überhaupt abzuwarten, wohn denn die konsequent aufgeführte Bauhausarbeit führen soll.

Ein Jubiläum der deutschen Zeitung. Im Jahre 1524 wurde die erste deutsche Zeitung gedruckt. Es handelt sich dabei nicht um eine Zeitung im Sinne des heutigen Wortes, sondern um ein „Blatt“, das, wie die „Copen“, nach der Entdeckung Amerikas große Ereignisse auf dem Druckwege bekanntgab. Der Brief Columbus' an den Schatzmeister Sanchez (1493), der die Entdeckung Amerikas schildert, wurde als erste „Copen“ in alle Sprachen übersetzt und verbreitet. Die erste regelmäßig erscheinende Zeitung Deutschlands waren die Relationen für Fürstentum und gebildeten Händlern, die erstmalig 1609 in Frankfurt herauskamen.

Am Adalgsgrab. Die Verhandlungen für eine friedliche Lösung des Streitens wegen des Grabmaltes Tula-Gamons sind mißglückt. Die ägyptische Regierung hat ihr Anerbieten, der Gräfin Cornaro eine neue Konzeption zu gewähren, zurückgezogen.

## Die Verhaftungen in Oberschlesien.

Die polnische und die französische Presse veröffentlichten in den letzten Tagen alarmierende Nachrichten über Polenverhaftungen in Deutsch-Oberschlesien, die in ihren Zahlenangaben weit übertrieben sind und offensichtlich eine Irreführung der öffentlichen Meinung bezwecken. Wie von zuständiger Stelle auf Grund e. un-d-freier Feststellungen mitgeteilt wird, handelt es sich bei sämtlichen Verhaftungen um deutsche Reichsangehörige, die dringlich verdächtig sind, einer in Polnisch-Oberschlesien bestehenden Geheimorganisation anzugehören, die es sich bekanntermassen zur Aufgabe gemacht hat, den bei Deutschland vertriebenen Teil Oberschlesiens gewalttätig von Deutschland loszureißen und mit Polen zu vereinigen. Alle Nachrichten, die über Drangsalierungen und Mißhandlungen der Verhafteten verbreitet werden, sind nachweislich un-wahr. Das Verfahren gegen die Verhafteten schwebt zurzeit vor dem Reichsgericht, wo den Angeklagten die in der Strafprozeß-ordnung vorgeordneten Rechtsgarantien, insbesondere das Recht der freien Verteidigung nach jeder Richtung gewährleistet sind. Auch die Meinung, daß die Verhafteten in das Internierungslager Kottbus übergeführt worden seien, ist frei erfunden; das Lager Kottbus ist bereits am 1. Februar d. J. endgültig aufgelöst worden. Was die Zahl der Verhafteten anbelangt, so beträgt diese nicht, wie polnische- seits behauptet wird, mehrere hundert; tatsächlich befinden sich nur 88 Personen in Haft, darunter etwa 70 aus den Kreisen Tost und Gleiwitz und 10 aus Beuthen und Umgegend. 14 Verhaftete sind un-erzähllich wieder auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem sie bei der polizeilichen Vernehmung herausgestellt hatten, daß der gegen sie erhobene Verdacht nicht aufrechtzuerhalten war.

Die Aufregung, die von nationalistischen Elementen in Polen hervorgerufen wird und die bereits wieder zu der üblichen Deutschen- hege mit Waffendemonstrationen und Repressionsandrohungen geführt hat, ist demgemäß nach keiner Richtung gerechtfertigt.

## Fort mit der Stahlhelmspielerei Eine vernünftige Maßnahme.

In einer Verfügung des preussischen Innenministers heißt es: Mehrfach haben Mitglieder von Vereinen, die öffentlichen Ver-anstaltungen Stahlhelme als Kopfbedeckung getragen. Im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister weist der preussische Minister des Innern darauf hin, daß Stahlhelme, die nicht zur zu-ständigen Ausrüstung der Reichswehr gehören, als Kriegsgewehr ver-schrottet und daher auch als Privatbesitz abgeleert werden müssen. Die Polizeibehörden werden angewiesen, Stahl-helme, die sie im Besitz von Privatpersonen, insbesondere bei Ver-sammlungen und Umzügen, antreffen, sicherzustellen.

## Beamtenabbau und Einspruchsrecht.

Amlich wird gemeldet: In einzelnen Zeitungen ist vor kurzem ein Ab-schluß aus einem Rundschreiben des preussischen Finanzministeriums an die übrigen preussischen Minister beanstandet worden, in dem auf Grund einer Besprechung der Mini-sterialreferenten zur einheitlichen Durchführung der Abbau-maßnahmen mitgeteilt war, es sei nicht angezeigt, den ein-zelnen vom Abbau betroffenen Beamten formellarmäßig über die Möglichkeit des Einspruchs zu belehren, auch sei im allgemeinen davon abzusehen, ihm bei der Mitteilung über den beschlossenen Abbau Takt und Anerkennung auszusprechen, jeden-falls in den Fällen, in denen zu befürchten sei, daß dadurch ein etwaiger Einspruch unterläßt werden könnte.

Da diese Bestimmung mehrfach zu der Auffassung geführt hat, daß den durch den Abbau schwer betroffenen Beamten die Ein-spruchsmöglichkeit gegenmächtig werden solle oder ver-dienen Beamten bei ihrem durch die Not des Staates veranlaßten vorzeitigen Abbau auch nach der gebührenden Anerkennung ver-fahrt werden solle, hat, wie der Amliche Preussische Pressedienst mitteilt, der Finanzminister durch neuerlichen Erlaß den beanstandete-Satz ausdrücklich zurückgenommen.

## Die Golddiskontbank im Haushaltsausschuß

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde mit unwesentlichen Abänderungen der Bescheid über die Golddiskontbank angenommen. Abgelehnt wurde § 14, der, um den Erfolg der Milien-emission zu erhöhen, den inländischen Zehnern der Aktien Sicherheit geben wollte, daß sie nicht gegen früherer Verluste gegen die Kapital-lucht und Streuegehegung nachträglich belangt werden. Der Ausschuß wandte sich in seiner Mehrheit scharf gegen solche nach-trägliche Gewähr von Straffreiheit. Angenommen wurde auch der Gesetzentwurf über Veränderung des Bankgesetzes, der die notwendige Ergänzung zu dem Gold-diskontbankgesetz bildet, indem er diejenigen Veränderungen des Bank-gesetzes enthält, die durch die geplante enge Verbindung der Gold-diskontbank mit der Reichsbank und ihrer Organisation bedingt werden.

## Wasserstraßen und Elektrizitätswirtschaft.

Im Verkehrsausschuß des Reichstages betonte Reichs-verkehrsminister Doser die außerordentliche Wichtigkeit des Aus-baus der Binnenwasserstraßen, wies aber auf die großen Schwierigkeiten hin, die die Finanzierung der schwedenden Projekte bereitet. Man müsse nach Möglichkeit die Interessenten zu den Kosten heranziehen. Er verkenne nicht, daß ein solcher Ausbau eine gewisse Beeinträchtigung des Eisenbahnverkehrs zur Folge haben könne, aber auf der anderen Seite bringe er auch wieder eine Produktionssteigerung und damit eine Verkehrsvermehrung für die Eisenbahn mit sich. Bei der Elektrizität müsse das Reich die Leitung in der Hand behalten, weil sonst die Gefahr bestehe, daß die ganze Elektrizitätswirtschaft sich in große Privatmonopole zum Schaden der Wirtschaft auflöse. Unter Luftschiff- und Flugzeugbau leidet sehr unter den Einschränkungen des Londoner Abkommens; die Vorkonferenz über den Ein-spruch nächst mit dieser Frage beschäftigen, und es sei zu hoffen, daß unsere Flugzeugindustrie Erleichterungen erfahre, die sie wieder konkurrenz-fähig macht.

Der Ausschuß gab den vom Minister und dem Staatssekretär dargelegten Grundrissen seine Zustimmung.

## Aktion für die freie Rheinschiffahrt.

Rotterdam, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Der „Boor- waarts“ meldet, daß als Protest gegen die seit dem Aufreinemarsch durch Zoll- und Kontrollmaßnahmen entstandene Behinderung der freien Rheinschiffahrt von den niederländischen Interessenten eine großzügige Aktion für den freien Rhein vorbereitet wird, die über die Niederlande hinausgreifen soll. Bürgermeister Genosse W. J. K. van Rotterdam habe bereits eine Organisation für diese internationale Rundgebung vorbereitet. Sämtliche an der grund-sätzlichen Aufrechterhaltung der Rheinschiffahrt interessierten Kreise und Länder sollen zu der Protestaktion ein-geladen werden.

Abbau in Württemberg. Das württembergische Staatsministerium hat die vier Kreisregierungen des Landes mit Wirkung vom 1. April 1924 aufgehoben.

# Der Feme-Mord in Parchim.

## Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof.

Delpzig, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch- mittag begann vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik der Prozeß gegen die Rastbacher, die den Landwirtschafsis- arbeiter Kadom meuchlings ermordet haben. Die Anklage vertritt Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer. Angeklagt sind die land- wirtschaftlichen Arbeiter Höß, Jabel, Pfeiffer, Wiemeyer und der Kaufmann Jurisch wegen Mordes, der Geschäftsführer Bormann wegen Beihilfe, Fricke, Hoffmann, Thomson, Rademsen, Wulbrede und Richter wegen Begünstigung. Die letzten sechs Angeklagten waren Funktionäre der deutschvölkischen Frei- heitspartei, zum Teil ehemalige Offiziere, die übrigen An- geklagten gehörten der Rastbacher Arbeitsgemeinschaft und der deutschvölkischen Freiheitspartei als Mitglieder an.

Die Verhandlung begann mit der Vernehmung des Haupt- angeklagten Höß, der 26 Jahre alt ist Höß, der zur Sturmabtei- lung Rastbach und später zur Arbeitsgemeinschaft gehörte, kam nach- dem er beim Fridericus-Rex-Film mitgewirkt hatte, im April 1923 nach Westenburg in die Jägerlei des Gutsbesizers Schützgen in Reuhof bei Parchim. Der ermordete Kadom war auf dem benachbarten Gut Herzfelde tätig. Beide, die sich schon seit November 1922 von Wismar her kannten,

gehörten der deutschvölkischen Freiheitspartei an.

Kadom galt aber als unzuverlässig, weil von ihm behauptet wurde, er sei früher kommunistischer Parteisekretär gewesen. Aus diesem Grunde war er auf Veranlassung des deutschvölkischen Geschäfts- führers Bormann aus seiner Stellung entlassen worden. Bormann und Kadom waren am 13. Mai 1923 in Parchim eingetroffen. Höß will die beiden zufällig am Abend im Lufthof in Parchim zusammen mit den übrigen Angeklagten getroffen haben. Die ganze Gesellschaft habe mit Kadom getrunken, um ihn betrunken zu machen. Das gelang ihnen auch, und da schon lange gegen Kadom der Ver- dacht des Betrags vorliegen habe, hat man ihm Taschenbuch und Tagebuch abgenommen. Dadurch hätten sie sich überzeugt, daß er ihre Vernehmungen bei den Kommunisten ver- raten habe. Darüber gerieten sie in Wut und beschlossen, mit Kadom in den Wald zu fahren und ihn unterwegs zu verprügeln. Unterwegs kam Wiemeyer und Pfeiffer mit einem Jagdwagen aus Herzfelde an. Sie ließen alle auf und luden auch Kadom auf, dem sie erklärten, sie gingen nach ins Café. Sie schlugen aber den Weg nach Reuhof ein. Als Kadom das merkte, wollte er aus- steigen; das ließen sie aber nicht zu. Vielmehr begannen sie mit Knüppeln auf ihn einzuschlagen. Auf einem Feldwege nach Reuhof flogen sie alle ab und

begannen abermals auf Kadom loszuschlagen.

Höß selbst will dabei

einen jungen Baum ausgerissen

und mit diesem mit beiden Händen auf den Schädel des Kadom ein- geschlagen haben. Er behauptet ferner, daß auch Jurisch geschlagen hätte. Auf Vorhalt des Vorstehenden, er möge bei der Wahrheit bleiben, wenn auch Jurisch die Verraten habe, und auf Vorhalt des Verteidigers, daß er bei der ersten Auslosung ausgegeben habe, nicht gesehen zu haben, daß Kadom auf Jurisch eingeschlagen hätte, gibt Höß schließlich zu, daß es nur eine Schlußfolger- ung von ihm sei, daß alle drei geschlagen hätten. Er bleibe aber dabei, daß Jurisch den Ermordeten gefragt habe, ob er seiner Mutter etwas zu bestellen habe. Als der gräßlich zugerichtete, mit Blut überströmte Kadom klotz am Boden lag, luden ihn die anderen auf und fuhrten nach Reuhof. Hier bereiteten sie, was weiter zu tun sei. Dabei soll Jurisch gesagt haben, wir wollen ihm einen Gnaden-schuß geben. Sie fuhrten darauf mit ihm in den Wald, wo sie ihn mit zwei Revolverkugeln, die sie aus nächster Nähe in den Schädel feuerten, erledigten, während Wiemeyer ihm mit einem Taschenmesser die Halsschlagader durch- schnitt. Höß selber will aber allerdings nichts wissen, wer die

Schüsse abgegeben und wer den Befehl dazu gegeben hat. Er selbst redet sich damit heraus, bei den Pferden gestanden zu haben.

Der zweite Angeklagte, der vernommen wird, ist Jurisch. Er ist ein blasser Mensch, der durch Tuberkulose und Nervenzerrtheit 50 Proz. seiner Arbeitsfähigkeit eingebüßt hat. Er war bereits einige Male in Nervenheilanstalten untergebracht und hat mehrere Selbstmordversuche begangen und ist vorbestraft wegen Diebstahls bei seinen Eltern. Im April 1923 kam er aus der Irrenanstalt durch die deutsche nationale Arbeitsvermittlung in die Jägerlei Reuhof. Von Kadom erfuhr er nur, daß er in Ver- dacht von Diebstählen stand, nicht aber, daß er als Spigel verdächtig wurde. Am Mordtage kam er aus dem Krankenhaus und traf dabei einen Bekannten namens Hansen, der ihn auf die Kneipe der Ka- meraden im Lufthof aufmerksam machte. Hier fand er Kadom schon schwer betrunken auf dem Sofa liegen, er selbst trank auch viel. Von Kadoms Tagebuch habe er nichts gesehen, lediglich tags darauf habe er von Masfosa gehört, daß dieser Kadoms Tagebuch besaß und einige Millionen Sonjatrübte, die man ihm abgenommen hatte. Er selbst hat Kadom nicht angerührt, nur aus Mitleid mit dem Miß- handelnden hat er ihm den Vordruck gemacht, sich an einen Baum zu stellen und den Gnaden-schuß geben zu lassen. Er bot ihm auch an, seiner Mutter noch Wünsche zu bestellen. Er habe nicht dazwischen- treten können, da er sonst selbst für sein Leben hätte fürchten müssen. Wiemeyer war es, der Kadom die Kehle durchschnit. Jabel und Jens, die die Schüsse abfeuerten.

Der Angeklagte Jabel, Vater von drei Kindern, bestreitet, daß die Absicht bestand, Kadom um die Ecke zu bringen; man wollte ihm nur eins auf die Backe geben.

Der Angeklagte Jens ist erst vor fünf Tagen im Ruhrgebiet verhaftet worden. Auch er will durch Hansen in den Lufthof ge- schickt worden sein. Geschossen hätte er selbst nicht.

Der Angeklagte Pfeiffer ist der übliche Typ eines deutsch- völkischen Jünglings, dessen Redeschwall kaum gebremst werden kann. Der Angeklagte Jabel habe unterwegs dem Kadom den Re- volver vorgehalten mit den Worten: „Was deutsche Männer auszu- bauen haben, willst Du Schwein zerstören.“ Er gibt auch noch von sich zu, daß er auf Kadom losgeschlagen habe mit dem Ausdruck: „Du Lump, zuerst bekommst Du hier Schläge und dort unten kommt noch etwas ganz anderes.“

Die blutige Sensation des ersten Verhandlungstages bildete die Grundlage des Angeklagten Wiemeyer, Kämpfer von Beruf, 24 Jahre alt. Er zog sein Messer im Hals des Kadom von links nach rechts und zerschchnitt ihm Halsschlag- und Hals- blutader. Er erklärt, daß der Anblick des blutigen Kadom in ihm einen Blutrausch erzeugt habe, einen Zustand, den er schon einmal im Kriege beim Anblick eines blutigen Engländers gehabt haben will. Bereits in der Voruntersuchung habe Wiemeyer zugegeben, daß er in seiner Blutgier die Absicht hatte, Kadom zu töten. Er ist der erste Angeklagte, der zuge- steht, daß die Parole ausgegeben war, Kadom zu stellen und zu verprügeln.

Als letzter wird der deutschvölkische Bezirksleiter Bormann, 24 Jahre alt, vernommen. Durch Vorhalte des Vorstehenden und der Verteidigung gedrückt, muß er zugeben, daß er seinen Jagdwagen zur Verprügung Kadoms zur Verfügung gestellt

hat, daß er dann am nächsten Morgen zuerst vom schmerzenden Pfeiffer, dann vom übermächtigen Jurisch, den das Gewissen schon damals nicht in Ruhe ließ, und schließlich vom flüchtigen Leut- nant v. Bemis über den wahren Tatbestand in Kenntnis gesetzt wurde. Da fand er nur einen Rat: Alle mühen verdrüsten! Da aus seiner Aussage hervorging, daß der als Zeuge gelobene Ma- fosa auch schon am nächsten Morgen über den ganzen Hergang unterrichtet war, und da deshalb nach Ansicht des Reichsanwalts Kollisionsgefahr zu befürchten ist, wurde beschlossen, den Angeklagten Bormann in Haft zu nehmen.

## Die „Anderen“.

Abrecht von Graefe, Goldbebe, der Beauftragte Zuden- dorffs für Norddeutschland, Mitglied des — bis auf die Diäten — in seinen Augen überflüssigen Reichstags, setzt sich in seinem mecklen- burgischen Selbstblatt mit „den Anderen“ auseinander. „Die An- deren“, das sind die Deutschnationalen, die jetzt auch „völkisch“ spielen möchten, von denen der Beauftragte Zuden dorffs aber gar nichts hält. Aber er verkündet dafür neue Heilswahrheiten:

An Stelle des oligarchischen Parteienregiments der Parla- mente wird, wenn auch nicht heute oder morgen, so doch in ab- sehbare Zeit eine wirkliche deutsche Volksvertretung sich ent- wickeln, gegründet auf ein deutsches Staatsbürgerrecht und auf eine allerdings radikale soziale Umgestaltung unserer heute groß- kapitalistisch verfaulenden Volkswirtschaft. . . .

Um diese „radikale Umgestaltung der großkapitalistisch ver- faulenden Volkswirtschaft“ durchzuführen, will Graefe zunächst ein- mal eine „antimozaristische“ Regierung bilden helfen, indem er den übrigen Reichsparteien gegen entsprechende Erklärung freudwillige parlamentarische Unterstützung in Aussicht stellt. Freilich muß der Statthalter des „großen“ Zuden dorffs bekennen, daß eine Anzahl seiner Anhänger schon die „Angst vor ihrer eigenen unfreiwilligen Courage“ bekommen habe und „für uns nach den Wahlen toll um- stiegen“ — aber das sind „ja noch selbstsüchtige Hasenfüße, die wir überhaupt nicht in unseren Reihen dulden können“.

Und so geht es fort mit Geist und Grazie! Graefe fabelt genau so schwülstig daher, wie sein Kulturgeber Zuden dorff. Von politischen Zusammenhängen in keiner Weise angekränkt, fietet er einen un- verdaulichen Brei, der dann als völkische neue Weisheit angepöbeln werden will. Und es gibt Befessene und sonst Verzüchte, die all das glauben!

## Bestrafter Verleumder.

Vor der Strafkammer in Schneidemühl wurde am 10. d. M. der Schlosser Gehweln aus Schneidemühl wegen Verleu- mung des Reichspräsidenten zu 30 Goldmark Geldstrafe und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Gehweln, der an der Eisenbahn als Schlosser beschäftigt wird, hat im vergangenen Jahre zu seinen Mitarbeitern geäußert, daß der Reichspräsident Ebert trotz der günstigen Abstammung Oberschlesiens Oberschlesien an Polen verkauft und sich dafür zwei Rittergüter gekauft hat. Von seinen Mitarbeitern darauf aufmerksam gemacht, daß dies eine Beleidigung sei und er dafür den Wahrheitsbeweis antreten müsse, behauptete diese deutschvölkische Leuchte, daß er dazu jederzeit in der Lage sei. Vor Gericht hat dieser Verleumder kaum ein Wort hervorbringen können. Er machte auch nicht den geringsten Ver- such, irgendwie den Wahrheitsbeweis zu führen, sondern behauptete, daß ihm jede Beleidigung des Reichspräsidenten fern gelegen habe und es ihm um seinen Irrtum leid tue.

Eine Moordomäne. Die das Preussische Landwirtschafts- ministerium mitteilt, ist angeordnet worden, daß auf einem Teil der noch nicht bestellten Fläche des forstlichen Mäntemoors im Regierungsbezirk Hannover eine Moordomäne geschaffen werden soll. Die in Betracht kommenden Behörden sind angewiesen, daß zur Verwirklichung dieses Planes Erforderliche in die Wege zu leiten.

## Pressung kommunistischer Mitglieder.

In der kommunistischen Presse aller Länder wird täglich mit Stolz darauf hingewiesen, daß Tausende neuer Mitglieder der russischen kommunistischen Partei beitreten. Mit welchen Mitteln diese Auffüllung der russischen Partei erzielt wird, wird schamhaft verschwiegen. Diese Lüge wird durch folgende Mitteilung der Petersburger Organisation ausgefüllt:

„Die gesamte Arbeiterbevölkerung Petersburgs lebt unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise. Die Betriebe halten sich kaum austucht und stehen immer wieder vor der Notwendigkeit der Personalreduzierung oder der Schließung. Beide Schicksale der Arbeiterkategorie sind wieder von der Angst erfüllt, entlassen zu werden. Die Entlassungen werden nach bekanntem Muster vorgenommen: Die Kommunisten bleiben im Betrieb während die anderen auf die Straße geworfen werden.“

In dieser Situation hat der kommunistische „Feldzug“ zur Auf- füllung der Partei begonnen. Überall werden Betriebsversamm- lungen einberufen. Wie gewöhnlich werden die Ausgänge ge- schlossen, damit niemand den Betrieb verlassen kann. Es folgt ein Bericht über Lenin, und dann wird der Antrag eingebracht, „unsere kommunistische Partei durch gemeinsamen Beitritt zu unterstützen.“ „Wer ist gegen den Antrag?“ Natürlich niemand. Unter völligem Stillschweigen wird die Versammlung geschlossen. Die „moralische“ Zustimmung zum Beitritt ist hiermit gegeben. Nun folgt die „Verberberung“ der kommunistischen Zellen ein.

Die Arbeiter hoffen in vielen Betrieben, daß sie von einem ähnlichen Schicksal verschont bleiben. Die Hoffnung ist vergebens, die Betriebsversammlung wird abermals, es gibt keinen Ausweg. Na, hörs der Torselt Reile sich, wer kommt. Wer absteht, wird ja sofort auf die Straße gesetzt. Und so marschieren zum Sekretär der kommunistischen Zelle ganze Reihen von Arbeitern. Sie sind verlegen, verwirrt. . . . Manche machen lehr und zerreißen die fertigen Beitrittsverklärungen. Aber die meisten sehen keinen Ausweg. Wer der Partei nicht beitrifft, gelangt sofort unter den Verdacht, ein „Sozialverräter“ zu sein und wird bei der ersten Gelegenheit entlassen.“

Wer diese Schilderung, deren Echtheit keinem Zweifel unterliegt, liest, wird sich wundern, daß unter den rüdfälligen, politisch gleich- gültigen Arbeiterschichten eine starke Bewegung zum Eintritt in die kommunistische Partei eingeleitet hat. Eine andere Frage ist, was die kommunistische Partei hierbei gewinnen wird.

## Das Ende eines Streites.

### Andföhnung des Papstes mit der Regierung.

Rom, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Differenzen zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung, die nach von 1870 herrühren, als Garibaldi in Rom einbrach und den sich auf den Vatikan zurückziehenden Papst Pius IX. zum Gefangenen der italienischen Regierung machte, sind beendet. Der Papst gibt fernerhin nicht mehr als Gefangener der Regierung. Dem Vatikan wird der ganze vatikanische Hügel zugesprochen sowie eine Reihe von Gebäuden für das Kardinalskollegium, während der Vatikan der Regierung die Häuser zurückgibt, worin die Kardinäle gegenwärtig wohnen. Die Unabhängigkeit des Papstes wird vom Völkerverbund garantiert.

Für eingekerkerte Rompriester in Rußland soll sich Nachonad auf Bitte des Papstes einsetzen.

# Gewerkschaftsbewegung

Gegen die Gewerkschaftszerstörer.  
Beiratsführung des Buchbinderverbandes.

Am 8. und 9. März war in Berlin der Beirat des Verbandes der Buchbinder versammelt, um zunächst einen Situationsbericht, gegeben vom Verbandsvorsitzenden Hau-eisen, entgegenzunehmen. Der Bericht rekapituliert die Ereignisse des letzten Jahres organisatorischer und wirtschaftlicher Natur und gab einen gedrängten Ausblick auf die Entwicklung in den kommenden Monaten. Der Tarifsekretär Wienke referierte dann über Arbeitszeit und Lohnfragen. Auf die besondere Zielgesamtheit und Zerissenheit im Unternehmerlager in den hier in Frage kommenden Berufsgruppen näher eingehend, schilderte er in anschaulicher Weise die Schwierigkeiten, die sich den zentralen Lohnverhandlungen im letzten Jahre und in den letzten Monaten entgegenstellten hatten. Einen breiteren Raum nahm die Frage der Arbeitszeitregelung in seinen Ausführungen ein. — Zu beiden Referaten nahmen die Beiratsmitglieder eingehend Stellung. Nach einer kritischen Würdigung aller Umstände erklärten sie sich mit den Maßnahmen der Verbandsleitung einverstanden.

Der dritte Punkt, Beiträge und Unterstützungen, hatte zum Ziel die baldige Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung. Der Verbandskassierer Kender erstattete zunächst einen gedrängten Bericht über den Stand der Verbandskasse, der erkennen ließ, daß es wieder auswärts geht. Er empfahl eine mäßige Erhöhung der Verbandsbeiträge, und zwar in Klasse 2 um 5 Pf., steigend bis Klasse 6 um 15 Pf., ab 1. April zu dem Zweck, ab 1. Mai die Arbeitslosenunterstützung in möglichem Umfang in Kraft setzen zu können. Die Aussprache bewegte sich in zustimmendem Sinne, doch wurde von den Beiratsmitgliedern der Zeitpunkt der Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung noch etwas verschoben gewünscht und dementsprechend auch beschlossen, diese Unterstützung am 1. Juli wieder einzuführen. Die erhöhten Beiträge — die ab 1. April Geltung haben — betragen nunmehr in den sechs Beitragsklassen 15, 25, 30, 40, 50 und 65 Pf. Doppelt organisierte Mitglieder zahlen 30 Pf. pro Woche. Durch die Erhöhung der Beiträge tritt automatisch auch eine Erhöhung der Streik- und Gemeinregelungenunterstützung, der Umzugs-, Hinterbliebenen- und Invalidenunterstützung ein, da hier das Vielfache eines Wochenbeitrages zugrunde gelegt wird. — Beschlissen wurde weiter, das Abonnement auf die „Buchbinder-Zeitung“ durch eine Herabsetzung des Bezugspreises zu erleichtern. War die Beteiligung am Abonnement bei 20 Pf. monatlichen Bezugsgebühren schon recht zufriedenstellend, dann wurde erwartet, daß durch die ab 1. Mai einsetzende Herabsetzung auf 10 Pf. pro Monat jedes Mitglied in der Lage sein wird, seine Verbandszahlung zu halten. In der Mehrzahl der Fälle werden die einzelnen Ortsvereinigungen für die Gesamtheit der Mitglieder die Zeitung beziehen.

Am 2. Verhandlungstage referierte Hau-eisen über die Opposition im Verbands. In seiner zweieinhalbstündigen Rede ging er auf die Entwicklung der Opposition in den Gewerkschaften näher ein und schilderte im speziellen die Arbeit im Verband der Buchbinder. Das ganze Arbeiten der Führer dieser Opposition ist schon seit Jahren eingestellt auf eine Unterminierung der Aktionskraft des Verbandes, auf eine Verdächtigung und Herabwürdigung der Verbandskörperlichkeiten und des WDB. Diesem Treiben hat man im Verband der Buchbinder bis in die jüngste Zeit hinein sehr tolerant gegenüber gestanden, und erst, nachdem das Verhalten der Führer der Opposition die Grenze des Erträglichen weit überschritten hatte, ging man gegen diese schärfer vor und schloß sie aus dem Verbands aus. Die Ausschließenen und ihre Anhänger etablierten sich sodann unter der Firma Verband der Buchbinder und verwandten Berufe der papierverarbeitenden Industrie. Unter dieser Flagge wird die weitere Zerstückelung des Verbandes und der übrigen gewerkschaftlichen Organisationen — zunächst des Verbandes der Drucker- und Lithographen — betrieben und versucht, auch andere Verwaltungsstellen mit Sozialen zu durchziehen. Der Beirat des Verbandes der Buchbinder verurteilte einmütig das gewerkschaftszerstörende Treiben der Jünger Rostaus und stellte sich hinter die Verbandsleitung, deren Maßnahmen er gutheißt. Diese einseitige Willensdurchsetzung des Verbandsbeirats wird bewirkt, daß sich noch manches der mangelmütigen Mitglieder des Verbandes befindet, ehe es den Gewerkschaftszerstörern nachläßt.

## Der Arbeitszeitkampf. Im Hamburger Hafen.

Hamburg 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag leiteten die Hafnarbeiter in einer Urabstimmung mit 4947 gegen 786 Stimmen die Arbeits- und Lohnverschlechterungen, die das Unternehmertum durchzuführen versucht, ab. Am Dienstag morgen begann der Streik. An dem Kampfe sind beteiligt die Schauerleute, die Kolarbeiter, Speicherarbeiter, Getreidearbeiter, Schiffs- und Kesselreiniger, Bunkerarbeiter sowie die Hafen- und Unterelbschiffahrt. Bereits am ersten Tage hatte der Hafen ein vollkommen verändertes Aussehen. Der Kampf gilt vor allem der Abkündigung des Dreischichtensystems durch das Zweischichtensystem und dem Streben des Hafenbetriebsvereins, den Achtstundentag durch den Neunstundentag zu ersetzen, für den ein Lohn von 5.20 M. bezahlt werden soll. Noch nicht vom Streik erfasst werden vorläufig die Hafendampfschiffahrt, die Lagerhausbetriebe, die Kohlenplaharbeiter und Kausler sowie die Petroleumfirmen. Aber bereits der Verlauf des ersten Streiktages hat gezeigt, daß der Kampf an Ausdehnung zunimmt. Die Verhandlungen vor dem Schlichter führten noch zu keiner Einigung, weil die Arbeitgeber sich ihre Stellungnahme in der Arbeitszeitfrage, dem Kernpunkt des

Kampfes, vorbehalten. Die Arbeitnehmervertreter wandten sich gegen das Zweischichtensystem, bei dem der Elftundentag herauskommt, wodurch die Arbeitslosigkeit vergrößert und die Arbeitskraft überspannt wird. Zur besseren Ausnutzung des Dreischichtensystems schlugen sie folgende Regelung vor: Die erste Schicht von 6 1/2 bis 3 1/4, die zweite Schicht bis 11 1/2 Uhr nachts, und darüber hinaus soll dann eine dritte Schicht eingelegt werden. Sehr erbittert hat bei den Arbeitnehmern das Vorgehen des Hafenbetriebsvereins gewirkt, der durch Anschläge Streikbrecher sucht. Der Cunard-Dampfer „Andania“ ist inzwischen ohne Ladung in See gegangen, weil seine Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Auf anderen Dampfern ist die Technische Rothilfe eingesetzt, jedoch üben die englischen Seeleute Solidarität und verweigern den Rathelfern jede Unterstützung. Ein schwer havarierter Dampfer wurde von den Streikenden gelockt. Nach einer amtlichen Erklärung soll die Technische Rothilfe zurückgezogen und nur in den dringendsten Fällen eingesetzt werden, wo es sich um das Ausladen von lebendem Vieh handelt. Dem Streik im Hamburger Hafen hoben sich auch die Hafnarbeiter in Bremen und Bremerhaven angeschlossen. Voraus-sichtlich wird der Streik auch auf die übrigen Hafencities übergreifen.

## Im Ruhrgebiet.

Essen, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Da die Einigungs-verhandlungen über die Arbeitszeit in den Gas-, Koffer- und Elek-trizitätswerten des Ruhrgebiets ergebnislos verliefen, stellte der Reichsarbeitsminister entsprechende Erhebungen an. Er hat nunmehr den Gewerkschaften mitgeteilt, daß er die Verbindlichkeitser-klärung des erkrankten Schiedsrichters abgelehnt habe und den Parteien aufteilt selbst in weiteren Verhandlungen eine befriedigende Lösung für die Arbeitszeit zu suchen. Die Gewerkschaften haben dem Arbeitgeberverband von dieser Erklärung des Reichsarbeitsminis-teriums bereits Mitteilung gemacht. Sollten die weiteren Verhand-lungen über die Arbeitszeit in diesen hochwichtigen Betrieben keine Einigung bringen, so sind zweifellos in aller nächster Zeit neue wirt-schaftliche Schwierigkeiten für das Industriegebiet zu erwarten.

## Um den Schiedspruch in der chemischen Industrie.

Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie ist mit uns nicht zufrieden. Er schickt uns ein zweites Schreiben, von uns das nochmals in der Tonart, die in diesem Arbeitgeberverband Übung zu sein scheint, zu versichern. Worauf wir zunächst ganz allgemein erklären, daß es uns voll-kommen gleichgültig ist, wie der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie über unsere Schreibweise denkt oder urteilt. Wenn dieser Arbeitgeberverband sich jedoch erlaubt, uns gegenüber im Tone des Schulmeisters zu reden, dann kann man sich ein ungefähres Bild davon machen, wie diese Arbeitgeber reden, wenn sie es „nur“ mit „ihren“ Arbeitern und Angestellten zu tun haben. Daß es dann bei Einzelfragen, die sonst leicht zu regeln wären, zu gereizten Aus-einandergerungen und zu Konflikten kommt, ist um so weniger ver-wunderlich, wenn man einerseits die gesundheitschädliche Arbeit der chemischen Arbeiter und ihre elende Entlohnung, andererseits die Riesengewinne der chemischen Industrie kennt.

Zur Angelegenheit selbst, ob die Arbeitszeit die achtstündige ist, vorübergehend und unter bestimmten Voraussetzungen Ueberarbeit zu leisten ist, oder ob die Arbeitgeber „von sich aus“ als regelmäßige Arbeitszeit die neun-stündige anordnen können, wozu eine ganz allgemein gehaltene Mitteilung an die Betriebsverwaltung genügt, beruft sich der Arbeit-geberverband der chemischen Industrie auf die drei Unparteiischen. Diese kien der Auffassung der Arbeitgeber. Bevor wir nicht von den Unparteiischen selbst die Bestätigung dieser Behauptung er-halten, gestatten wir uns, sie zu bezweifeln.

## Aussperrung in der Nat.-Registrier-Kassen-Ges. Neudölln

In dem Betrieb dieser Gesellschaft sind u. a. 19 Werkzeug-macher beschäftigt, die den tariflichen Lohn erhalten und darüber hinaus einen Zuschlag von 7 Pf. pro Stunde. Da dieser Lohn bei weitem nicht ausreicht, auch nur die notwendigsten Ausgaben zu be-streiten, beantragten die Werkzeugmacher einen Lohnzuschlag von 20 Pf. pro Stunde und führten zur Begründung an, daß in anderen Betrieben für Werkzeugmacher wesentlich höhere Löhne gezahlt werden. Die Firma ließ durch den Betriebsrat erklären, daß sie es ablehnt, den Werkzeugmachern irgend-eine Zulage zu geben; doch stellte sie ihnen anheim, täglich eine Stunde länger zu arbeiten, um dadurch ihren Verdienst zu erhöhen. Die Werkzeugmacher lehnten dieses Ansinnen ab, schon aus dem Grunde, weil noch verschiedene Arbeitsplätze frei stehen, die von arbeitslosen Werkzeugmachern zu besetzen sind. Sie beschloßen, die Arbeit niederzulegen. Die Firma ver-langte, daß die Werkzeugmacher die Arbeit sofort be-dingungslos aufnehmen sollten, andernfalls sie am Sonn-abend die gesamte Belegschaft von 500 Mann ent-lassen werde. Am Montag verfuhr ein Vertreter der Organisa-tion die Firma von ihrem Herrenstandpunkt abzubringen; ihm wurde jedoch erklärt, daß man es schon der Firma überlassen müsse, wenn sie die Zeit für gekommen halte, den Betrieb wieder zu eröffnen.

Der Arbeiterschaft sind solche Maßnahmen nicht neu; sie hat in der letzten Zeit ähnliche Dinge des öfteren erlebt. Allein die R.N.G. hat bisher in der Deffenlichkeit den Anschein erweckt, als ob die Arbeiter bei ihr keine Ursache zu Klagen hätte. Man betreibt allen möglichen Kummel, um die Deffenlichkeit zu täuschen. Es werden Gratis-Kino-vorstellungen für die Kinder der Werks-angehörigen und der Neudöllner Schulen veranstaltet; es werden Knabengärten angelegt, um nach außen hin den Anschein zu erwecken, als ob der Firma das Wohl der Arbeiterschaft besonders am Herzen läge. Die Betriebsangehörigen haben jedoch erkannt,

daß es ihnen nur in zähem Kampfe möglich sein wird, Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die es ihr gestatten, ein menschen-würdiges Dasein zu fristen. Die Ausgesperrten werden den Kampf zu führen wissen; sie erwarten aber von der Berliner Arbeit-erschaft, daß sie darin unterstützt werden und jedes Arbeits-angebot der Firma abgelehnt wird.

## Scharfmacher im Berliner Wäutigergewerbe.

Seit dem 1. März besteht im Berliner Wäutigergewerbe keine Lohnvereinbarung. Nachdem einige Betriebe selbständig Verbands-lösungen pflegten, die schließlich zum Ausfall führten, brodt der scharfmacherische Arbeitgeberverband ultimativ diese Woche Freitag alle Betriebe aufzusperren, wenn nicht bis dahin die die Arbeit wieder aufgenommen haben. Die hoch-mütigen Herren überrufen sich bei jeder neuen Bewegung. Wir konnten erst kürzlich an dieser Stelle ihren Herren-im-Haule-standpunkt darlegen. Das jetzige Vorgehen (in einer tariflosen Zeit) überruft alles bisher Dagewesene. Die Berliner Wäutiger werden die richtige Antwort zu geben wissen.

## Zur Berufswahl.

Die Frage der Berufswahl steht jetzt wieder im Vordergrund. Die Entscheidung dieser Frage ist für die Eltern und für die Jugend-lichen selbst von ungeheurer Bedeutung. Es soll über das Schicksal des jungen Menschen entschieden werden. Wie oft wird die Ent-scheidung getroffen, ohne über das Wesen eines Berufes genau orientiert zu sein. Nicht die Reigung des Jugendlichen allein soll für die Entscheidung maßgebend sein, sondern die Eltern müssen sich auch über die Berufsaussichten genau orientieren. Tausende von Jugendlichen haben die Wahl, welchen Beruf sie er-greifen wollen, bereits getroffen. Sie wenden sich dem Ange-stelltenberufe zu. Auch in diesem Berufe ist nicht alles Gold was glänzt. Auch er hat seine Licht- und Schattenseiten. Man geht oft von der falschen Voraussetzung aus, daß gerade an diesen Beruf keine besonderen Anforderungen gestellt werden. Diese Voraus-setzung ist durchaus irrig. Der Junge oder das Mädchen, das in die kaufmännische Lehre tritt, muß über eine leichte Auffassungs-gabe verfügen und muß auch körperlich durchaus gesund sein. Gerade im kaufmännischen Beruf ist ein Ueberangebot von Kräften vorhanden, und das ist vielfach darauf zurückzuführen, daß dieses Ueberangebot durch Menschen verursacht wird, die im Berufe nicht gerade die Tüchtigsten sind. So wie es in den anderen Berufen ist, so ist es auch im kaufmännischen. Nur der Tüchtige hat Aussicht auf ein Fortkommen. Ehe die Eltern den Lehrovertrag abschließen, sollten sie sich genau auch über die sozialen Bedingungen informieren. Der

## Zentralverband der Angestellten

ist die Gewerkschaft der kaufmännischen und Bureauangestellten und verfügt über eine reiche Erfahrung auf dem Gebiete des Lehrlings-wesens und des Berufes im allgemeinen. Auskunft erteilt die Hauptgeschäftsstelle, Berlin SO. 26, Oranienstr. 40/41, für Berlin die Ortsgruppe, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Sattler, Kapazitäten und Vorkauf. Zeug, 7 Uhr, im Gewerkschafts-haus, Engelshof 24, Generalversammlung. Eintritt erfolgt nur gegen Begi-timation.

Städtischer Holzarbeiterverband. Betriebsvereinsversammlung. Versammlung aller Betriebe, welche dem Reichsmonopolvertrag unterworfen, am Freitagabend 7 1/2 Uhr in den Androsenstraße, Androsenstr. 21. Tagesordnung: Betriebs- und Lohnfragen, Mitgliedsbuch und Betriebsvereinsmitglieder 1934 legitimieren. Einzelne Ermahnungen um 6 Uhr eintreten. — Bergolder und Sabernacheri Versammlung (Königsstr. 10/11) am 12. März, 8 Uhr im Verbands-haus, Bismarckstr. 30. Bericht von der Lohnverhandlung.

Unabhängige Angestellten- und Hilfsarbeiterverein Freitag nachm. 5 1/2 Uhr. große Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelshof 24. Wir bitten die „Bewusstlosen“ aus den Gehilfenkreisen unsere Kolleginnen auf diese wichtige Versammlung aufmerksam zu machen. Vollständiger Besuch wird erwartet. Zentralverband der Sattler. Freitag allgemeine Funktionärsversamm-lung nachmittags 5 1/2 Uhr in den Androsen-Str. 21.

Verantwortlich für Politik: Ernst Wenzel; Wirtschaft: Wemar Osterhaus; Gewerkschaftsbewegung: H. Ehlert; Neudölln: A. A. Böcker; Soziales und Sanitäres: Fred Kersch; Angeler: Th. Stöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Formdits-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formdits-Verlagdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SO. 68, Lindenstraße 2. Hierzu zwei Beilagen und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“.

Kennen Sie

## Nährflocks?

Sie haben Gelegenheit  
sich von dem Wohlgeschmack  
der sofortigen Verwendbarkeit  
und der mühelosen Zubereitung  
durch eine

### Kostprobe

an unserem Stand im

**Kaufhaus Wertheim, Königsstrasse,  
Kaufhaus Wertheim, Leipziger Strasse,  
Kaufhaus Tief, Frankfurter Allee,  
Kaufhaus Tief, Leipziger Strasse**

zu überzeugen — Ununterbrochene Abgabe von Kost-  
proben während des ganzen Tages ohne jeden Kaniswag.  
Deutsche Nährflocken-Werke A.-G., Berlin W 8, Pri.-Ar.-Str. 53

# Ausnahme preise

So lange der Vorrat reicht!

# Goldacker

Eigene  
Dampfmühle,  
Bäckerei u. Rösterei

centrale  
Brunnenstr.  
129-30.

### Einige Beispiele

Kaffee . . . 1/2 Pfund	55 Pf.	Kondens. Milch Dose	46 Pf.
Kaffee m. Gerstl. PM.	60 Pf.	Sahne . . . . . Dose	59 Pf.
Gerste . . . . . Pfund	18 Pf.	Zucker . . . . . Pfund	39 Pf.
Roggen . . . . . Pfund	18 Pf.	Marmelade reine Frucht	38 Pf.
Haler-Locken Pakete	9 Pf.	Pflaumenmasse sterilisiert	48 Pf.
Großes Brot . . . Stück	39 Pf.		

## Kohlsucher.

Die Bauhäufigkeit in Berlin hat seit geraumer Zeit sehr zugenommen. Es wäre interessant genug, auf einer Reise rund um und quer durch Berlin festzustellen, wieviel Kuppeln, das heißt Etagenhäuser zur Unterbringung mehrerer Familien, entstanden sind und wieviel Eigenheime, Landhäuser, Logenbauten und Villen. Ohne mit bestimmten und festen Zahlen aufwarten zu können, braucht man darüber nicht im Zweifel zu sein, daß die Zahl der Häuser, die nur für einzelne Bemittelte bestimmt und mit allem Komfort ausgestattet sind, größer ist als die Zahl jener Bauten, die einer Reihe von Familien Obdach bieten. Indessen das nur nebensächlich. In dem kalten Winter, den wir hinter uns haben und dessen Herrschaft endgültig dahin ist, mußte wegen des strengen Frostes immer wieder durch Wochen die Bauhäufigkeit eingestellt werden. Aber die Vorbereitungen und die Vorbereitungen, die notwendig sind, um den anfangenden Bau zu fördern und zu vollenden, ruhen niemals. Baumaterialien wurden gefahren und Schlade wurde herangeschafft, die seit jeher in Berlin zur Schüttung zwischen den Fußböden benutzt wird.

Diese Schlade nun hat in diesem harten Winter eine ganz besondere Anziehungskraft auf die Armen und Kerksten ausgeübt. Männer, Frauen und Kinder konnte man mit vor Kälte steifen Fingern in den Schlackenhausen wühlen und ihre Hände in mitgebrachte Säcke sammeln sehen. Diese Schlade besteht nämlich aus den Ueberresten in den Defen der Sammelheizungsanlagen und den Ueberbleibseln der Heizstoffe in Hochöfen und unter den Dampfsteinen der großen Fabriken und industriellen Anlagen. Dabei kommt es vor, daß Reste von unverbranntem Koks mit unter die ausgelagerten und ausgebrannten Abfallmaterialien kommen. Und noch diesen armseligen Koksstücken, die eventuell noch in Stande sind, eine winzige Flamme zu liefern, die ein Töpfchen magerer Suppe zum Kochen bringen kann, sucht mit feinen und zitternden Fingern die große Zahl jener in der Großstadt, die immer nur auf der Schattenseite des Lebens sich aufzuhalten gezwungen sind. In ganzen Scharen konnte man sie in diesem Winter auf großen Baustellen nach dem Koks ängstlich und gierig zugleich suchen sehen, und selten nur mußte man erleben, daß sie vom Baumwächter vertrieben wurden. In den meisten Fällen freilich war ihr Suchen und Schürfen umsonst. Die harte Kälte hatte alles zum Frieren gebracht, das Erkennen, ob in diesem oder jenem Stück noch ein wenig Heizkraft steckt, war häufig genug unmöglich, und wenn die Kohlsucher zu Hause waren, mußten sie erfahren, daß sie statt Koks Steine gesammelt hatten.

Jetzt ist seit ein paar Tagen die Luft gelinder geworden, und die Sonne wärmt wieder. Aber die Kohlsucher sind nach wie vor fleißig an der Arbeit, denn die Abende sind kalt, und auf einer Kochmaschine ohne Feuer kann man auch das billigste und bescheidenste Essen nicht herstellen. Jetzt sieht man sie auch im Wald, wo man mit Hilfe dieser Schlade die Wege ausgebessert und neu besetzt hat. Trifft man sie aber auf einer Baustelle, auf der dereinst, wie man aus dem aufgestellten Plan erkennen kann, eine prunkvolle Villa mit Wintergarten und allem Luxus sich erheben wird, dann tut einem das Herz weh.

## Im Banne des Morphiums.

Eine weishaarige, nahezu 60jährige Krankenschwester Klothilde H., erschien vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I, um sich unter der Anklage des Betruges und der Unterschlagung zu verantworten. Die Angeklagte ist ein bedauerndes Opfer der Morphiumsucht, in die sie unverschuldet hineingeraten war. Vor 20 Jahren erkrankte sie an einem Gallensteinleiden, mit dem sie auch heute noch behaftet ist. Zur Linderung der Schmerzen wurden ihr ärztlichseits Morphiuminjektionen gegeben. Allmählich hat sie sich an das Linderungsmittel derart gewöhnt, daß sie davon nicht mehr lassen kann. In der Inflationszeit wurde es ihr, die ihres hohen Alters wegen noch dazu nicht mehr voll beschäftigt ist, schwer, sich Morphium zu beschaffen. Der Gang, der aber unabweisbar war, trieb sie dazu, sich auf unredliche Weise in den Besitz des Mittels zu setzen. Sie falschte mehrfach alte Rezepte und laute sich darauf, soweit ihr Geld reichte, in den Apotheken Morphium. Die erlangten Mengen reichten für ihre Sucht jedoch nicht aus und daher telefonierte sie an verschiedene Apotheken, daß sie bei einem Arzt als Schwester tätig sei und rasch einer Dosis Morphium bedürfe, die man ihr durch Boten

schleunigt zusenden solle. Auf der Treppe oder vor der Tür des Arztes fing sie den Boten ab und erhielt auch ausnahmslos stets im Vertrauen auf ihre Schwestertracht die Medikamente ohne Bezahlung. Gegenüber dem Antrage des Staatsanwalts auf vier Monate Gefängnis, bat Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenberg die traurigen Verhältnisse, denen die Angeklagte erlegen sei, strafmildernd zu berücksichtigen. Sondergerichtsdirektor Dr. Schimmel erkannte auf zwei Monate Gefängnis und bewilligte der Angeklagten auch eine jährliche Bewährungsfrist.

## Die parfümierte Zigarette.

### Nächtliches Abenteuer einer jungen Dame.

Eine junge Dame aus dem Westen, Fräulein A., hatte die Bekanntschaft zweier Kavaliere gemacht und mit ihnen einen verlockenden Abend verbracht. Nachdem man verschiedene Likörstübchen und diesen aufgeschüttet hatte, landete man in einem Café und ließ sich in einer verlockenden Atmosphäre nieder. Die beiden Begleiter ließen noch einigen Logen Schnäpzen auch noch eine Flasche Wein auffahren, bis die junge Dame eine regelrechte Seerkrankheit bekam. Die Kavaliere schafften sie in ein Auto und fuhren sie nach Hause. Unterwegs bemerkte sie trotz ihres betrieblen Zustandes, daß sich der eine der Begleiter an ihre Hände in auffälliger Weise zu schaffen machte. Als sie am nächsten Morgen mit schwerem Kopfe aufwachte, merkte sie, daß ihr zwei wertvolle Brillenringe fehlten. Die Polizei ermittelte die Kaufleute Fritz B. und Hermann H. als die unbekanntesten Begleiter, die sich nun wegen Diebstahls vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten hatten. Auf die Frage des Rechtsanwalts Bahn mußte die Jüngling zugeben, daß sie sich mit dem Angeklagten B. geduzt habe und daß große Intimitäten bei den Anisereien vorgekommen seien. Ihre Betrübtheit erklärte sie damit, daß die Angeklagten ihr eine parfümierte Zigarette gegeben hätten, nach deren Genuß ihr sofort übel geworden sei, so daß sie vermutete, daß der Tabak ein Betäubungsmittel enthalten habe. Das Gericht erkannte auf 1½ Jahre Gefängnis gegen jeden der beiden Angeklagten.

## Aufhebung von vier Falschmünzerverbänden.

Einen großen Schlag hat in den letzten Tagen die Falschgeldabteilung der Reichsbank den Berliner Geldfälschern versetzt. In kurzer Zeit machte sie vier Verbände unschädlich. Die eine Bande hatte Zwischenscheine der Reichsbankangehörigen gefälscht. Die zweite Bande übte in ihren Wohnungen echte amerikanische Dollar von 5 auf 50 Dollar usw. auf. Ihre gut gelungenen Fälschungen setzten sie stets in Zigaretten- und Großhandlungen um. Die dritte und vierte arbeiteten Hand in Hand. Die beiden Kolonnen zählten zusammen nicht weniger als 9 Köpfe. Sie hielten es aber auch am schwersten, weil ihnen der Großbetrieb wiederholt gestört wurde. Ihre Spezialität bestand in der Nachahmung von Preußendollars. Als diese jedoch aus dem Verkehr gezogen wurden, mußten sie sich zum zweifachen umstellen, und versuchten es nun mit der Herstellung von 5- und 10-Biljonen-Scheinen. Auch diese Fälschungen erangten ihnen. Nun morgens bis abends wanderten sie durch die Stadt und setzten ihre Fälschscheine in kleinen und kleinsten Geschäften aller Art ab. Rummel gelang es der Kriminalpolizei, die sämtlichen Verbände abzufangen und auszuheben.

## Sammelwoche der Nothilfe.

Der Berliner Ausschuss der Deutschen Nothilfe, der mit dem Rotdienst Berliner Frauen zusammenarbeitet, veranstaltet in der Zeit vom 14. bis 21. März eine allgemeine Spendenaktion. Am 14., 15., 16. März wird in den Straßen Geld gesammelt, das zur Beschaffung von Kleidern für Nothleidende verwendet werden soll. Für den 16. März (Sonntag) sind Blaskonzerte geplant, von denen man einen besonders starken Erfolg der gleichzeitig stattfindenden Spendenaktion erwartet. Am 17., 18., 20., 21. März folgt dann eine Kleideraktion, die sich auf alle Bezirke Berlins erstrecken wird. Sammler und Sammlerinnen, die durch Armbinden legitimiert sind und einen schriftlichen Ausweis bei sich haben, werden mit Autos der Reichswehr und großer Industriefirmen oder auch mit feinerem Fuhrwerk die spendenden Kleider aus den Häusern abholen. Naturgemäß kann in den Bezirken mit vorwiegend armer Bevölkerung der Ertrag nur gering sein, aber auf desto größere Erträge wird in den Bezirken mit vorwiegend wohlhabender Bevölkerung gerechnet. Die wohlhabenden Bezirke des Westens haben „Patenschaften“ für die armen Bezirke des Ostens und Nordens übernommen und werden deren geringe Erträge aufbessern, indem sie ihre eigenen reicheren Erträge hergeben. Für die Kleiderabholung sind noch Sammler und Sammlerinnen nötig. Meldungen werden

aber nur von den beteiligten Wohlfahrtsorganisationen (auch der Berliner Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt ist beteiligt) entgegengenommen. Die gesammelten Kleider werden an Bedürftige abgegeben gegen Bons, die von den Wohlfahrtsorganisationen verteilt werden. Auf diese Bons kann in den für die Bezirke eingerichteten Kleiderkammern die gewünschte Kleidung nach freier Wahl im Wert bis zur Höhe des Bons entnommen werden. Die eigenen Unkosten des groß angelegten Sammelunternehmens dürften nur ganz gering sein, dank der Opferwilligkeit freiwilliger Hilfskräfte, die sich ohne Entgelt in den Dienst der Sache stellen. Auch die Fuhrwerke werden unentgeltlich hergegeben. Beachtung verdient, daß der Berliner Ausschuss der Deutschen Nothilfe überhaupt mit sehr geringen Unkosten arbeitet. Bisher sind von seiner gesamten Einnahme nur 2-3 Proz. für Unkosten aufgewendet worden, d. h. von jeder eingekommenen Mark wurden nur 2-3 Pf. für Unkosten verbraucht und 97-98 Pf. den Bedürftigen zugeführt.

## Mordanschlag auf einen Direktor.

### Die Tat eines Arbeitslosen.

Ein Mordanschlag auf offener Straße wurde Mittwochmorgen in Nicossee auf den 45 Jahre alten Direktor Gustav Succow von den Siemens-Halske-Werken am Ronnendamm verübt. Vom sogenannten Blockwerk des Betriebes wurde vor einigen Tagen der aus Posen gebürtige 47 Jahre alte Kalkulator Heinrich Plehner entlassen. Plehner besuchte nun wiederholt Direktor Succow, der in der Walthorstr. 20 zu Nicossee wohnt, um ihn zur Wiedereinstellung zu veranlassen. Er wurde jedoch jedesmal, zuletzt erst am Dienstag, abgewiesen. Wie festgestellt wurde, drohte er daraufhin, er werde dem Direktor an den Kragen gehen, wenn er nicht wieder eingestellt werde. Gestern morgen verließ er, bevor noch seine Frau erwacht war, seine Wohnung und ging heimlich weg. Als nun Direktor Succow von seiner Villa nach dem Bahnhof ging, trat plötzlich Plehner, der auf der Bauer gelegen hatte, in der Walthorstraße an ihn heran und hob drei Pistolen schüsse auf ihn ab. Einer traf Succow in die Brust, zwei in den Oberarmen. Der Schmerzerstich wurde zunächst in seine Wohnung, dann nach dem Paulinum auf Westend gebracht. Chausseure und andere Leute, die in der Nähe waren, nahmen die Verfolgung Plehners auf, der jedoch in den Wald entkam.

## Beginn des neuen Schuljahres am 30. April.

In Rücksicht auf die bevorstehenden organisatorischen Veränderungen im höheren Schulwesen hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung angeordnet, daß in Orten mit höheren Lehranstalten und Lehrerbildungsanstalten in diesem Jahre das neue Schuljahr am Mittwoch, den 30. April, beginnen soll. Demgemäß ist der Schulschluß für die Schulen dieser Orte auf frühestens den 11. April anzusetzen. Obwohl dadurch in den meisten Provinzen für diese Anstalten eine Verlängerung der Ferien eintritt, hat der Minister ausnahmsweise davon abgesehen, daß die Tage, um die sich die Dauer der Osterferien erhöht, auf die Gesamtlänge der Ferien des Jahres angerechnet werden. Insbesondere ist von einer Verkürzung der Pfingstferien abgesehen, trotz des kurzen Zeitraums, der in diesem Jahre zwischen den Pfingstferien und den Sommerferien liegt. In dieser Beziehung weist der Erlass des Kultusministeriums darauf hin, daß die Pfingstferien für die so wichtigen Schülerwanderungen ganz besonders in Betracht kommen und auch von zahlreichen Vereinen, an denen Lehrer beteiligt sind, mit Vorliebe für ihre Tagungen benutzt werden.

## Nochmal das „Kollektivangebot“ der Kassenärzte.

In der neuesten Entwicklung des Verzeitspiels spielt, wie im „Vormärts“ bereits mitgeteilt wurde, ein angeblich dem Oberversicherungsamt Berlin schon am 23. Februar eingereichtes Kollektivangebot der wieder noch Zulassung zur Kassenpraxis verlangenden Gesamtheit der am Streit beteiligten Kassenärzte eine Rolle. Die Organisation dieser Ärzte hat öffentlich erklärt, sie habe damals ein solches Angebot gemacht, aber das Oberversicherungsamt hat sich dahin geäußert, daß es das betreffende Schreiben der Verzeitsorganisation nicht als Angebot, sondern nur als Anfrage aufgefaßt habe. Danach erst hat die Verzeitsorganisation in einem erneuten Schreiben vom 3. März dem Oberversicherungsamt klar und unzweideutig gesagt, daß sie „bereit ist, sofort die kassenärztliche Verzeitsorganisation bei sämtlichen Berliner Krankenkassen zu übernehmen“. Das Schreiben vom 23. Februar war nach einem Hinweis auf die den Krankenkassen schon früher kundgegebene Bereitwilligkeit der Verzeitsorganisation, die kassenärztliche Verzeitsorganisation in Berlin wieder aufzunehmen, zu dem Schluß gekommen: „Indem wir uns auch dem Oberversicherungsamt gegenüber hierauf beziehen, bitten

(Nachdruck durch Mail-Verlag, Berlin.)

## Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„Es haben zwei ne ganze Nacht zusammen in einem Bett verbracht — was ham se wohl gemacht?“

Dr sah Jürgen einen Herrn in der Vorhalle eines großen Pariser hotels stehen. Der Herr stürzt auf Elisabeth zu, sieht mit ihr, beständig schwebend in einer Wolke von Lebenslust, im Theater, in Restaurants, Boulevard-Cafés, Kabarettts. Tritt in Elisabeths Schlafzimmer.

Abneigung erfährt plötzlich den im Sessel lehrenden Jürgen gegen den Jürgen, der durch Paris und Rom schwirrt, sich um nichts kümmert, als nur um sich und seine Genüsse, im Schlafzug in das Schlafzimmer Elisabeths tritt, heiter in der Hafenstadt ankommt.

„Er betäubt sich... Widerlich!... Wo kommt der hin, was wird aus dem, wenn er so weiter macht... Das bin nicht ich. Das ist ein ganz anderer.“ flüsterte der im Sessel Sitzende. „Sonderbar. Sonderbar.“

Bewußt wechselte Jürgen die Blickrichtung, sah durchs Fenster auf das glühende Meer hinaus, um den anderen nicht mehr zu sehen. „Auch er ein vorgeschobener Posten! Das ist die Natur, das Tier, die Lebenskraft, die den treibt, die... mich treibt, sie, die um der Fortpflanzung, der Artreife willen, die Geschlechter zueinander treibt und, ihr Ziel zu erreichen, bereit ist, uns Menschen zu ausnahmslos jeder Schuferei zu veranlassen.“

Elisabeth bewegte sich: ihre Hand fand im Schlafe durch das Morgenkleid durch zu der sich entblühenden Brust.

„Und sie hat Erfolg, die Lebenskraft. Denn sie zahlt als letzten Preis dieses einzigartigen Gefühl. Zählt es Tieren und Menschen, Frauen und Männern, Katzen und Katern, Elisabeth und mir. Mögen die anderen, die vielen, verreden, sie kümmert sich um nichts. Der Mensch ist noch nicht da. Sie kann nicht warten, bis der Mensch da ist. Das ist die ganze Erklärung. Eine naturwissenschaftlich einwandfreie Erklärung!“

Die Hotelglocke rief zum Mittagessen. Auf den Zehen-

spitzen schlich er über den Teppich, berührte sanft Elisabeths Schulter. Sie erwachte ohne jeden Schreck, schlug die Augen auf, so einfach, so klar. „Sie hat gar keine Untiefen in sich. Sie ist so, wie sie ist. Im Schlafen, wie im Erwachen und im Wachen.“

Aber das ist noch viel sonderbarer. Wie seltsam! Das ist unheimlich, dachte der an der Tafel sitzende Jürgen, weil er jetzt auch den an der Tafel stehenden, sich unterhaltenden, lachenden Jürgen beobachtete, scharf und genau beobachtete.

„Wir sind also zwei. Ich sehe mir zu. Mir selbst!... Aber das bin ja gar nicht ich. Ich sehe ja... ihm zu. Bin ich, der zusieht, ich? Oder ist er ich?“

„Gut, machen wir!“ Elisabeth hatte gewünscht, am Abend auf die Höhe zu steigen und zuzusehen, wie die Sonne ins Meer sinkt.

„Auf die Dauer natürlich halte ich das nicht aus. Wir müssen uns vereinigen, eins werden. Wenn wir uns nicht einigen können, dann muß einer weichen: der andere oder ich.“

„Du standest schon am Anfang meines Ich.“

Wer hat das gedacht? dachte erschauernd Jürgen und goß dabei Wein ins Glas. „Dir auch?“ „Da habe eben nicht ich gedacht. Hat das der andere gedacht? Oder ein Dritter?“

Er fror im Rückenmark. Bierig leerte er pausenlos hintereinander zwei Glas Wein.

„Ich befinde mich offenbar in einem Uebergangsstadium. In einem Entwicklungsstadium. Ich entwickle mich. Das soll in meinem Alter noch vorkommen. Ich muß trachten, in ein erträgliches Verhältnis zu mir zu kommen. Denn ich muß ja leben mit mir.“ Auch die Stirn hatte sich gerötet.

Nach Sonnenuntergang saßen sie auf der Terrasse des Hafenrestaurants. Zwei Männer schleppten einen wassertriefenden Bassbord voll Austern zwischen den Tischen durch in die Küche. Strahenhandler boten den Gästen Kämme, Stidereien, Eisenbeinshühner an. Der Himmel, die Luft, das Meer, das Leben des Hafens und der Straße stuteten durch das vornehme Restaurant durch. Alle Grenzen waren verwischt. Ruffel spielte. An der Hausmauer gegenüber wechselten die kinematographischen Bilder, genossen von der dicken Menschenmenge.

Sie aßen Austern. Die kosteten nicht viel mehr als Brot. Frankten eine Flasche Champagner dazu. Ein kleines, dickes Mädchen, achtjährig, Kastagnetten in den Händen, schmal-

Papierstreifen — blau, rot, grün — im Haar und auf dem Rücken, das die nackten, dicken Schenkelchen freiließ, trat an den Tisch und begann zu tanzen, sang ein Vordellied dazu, hob das Mädchen hinten, hob das Mädchen vorne, spreizte im Tanzakt die Beinchen auseinander, mit obszöner Gebärde.

Ein nach dieser Seite vorgeschobener Posten der Lebenskraft, dachte Jürgen. „Ihr sind alle Mittel recht, wenn sie nur zum Ziele führen.“ Er fühlte in den Gelenken eine Lähmung, die nicht unangenehm war. Elisabeth strich zärtlich über den Kopf der Kleinen.

Eine Stunde später sah sie, den Rücken Jürgen zugekehrt, schon entleidet vor ihren Kammern und Bürsten. Das offene Haar leuchtete gelb. Durch den Spiegel nickte sie Jürgen zu, gab ihrer Schulter einen Kuß, der ihm galt.

„Ich habe eine schöne Frau.“ Er streckte sich. „In das Leben soll man Grubeleien über Entwicklung und Dasein nicht hineinbringen. Das Leben entwickelt sich ganz von selbst.“

Der Hafen schlief. Das Meer sang gleichmäßig, ruhedoll und groß. Die Rimosen dufteten stärker in die warme Nacht. Wie in allen Nächten sang auch in dieser Nacht in der Ferne ein Mädchen.

Eine Fabrikstraße, nebelgrau und doch trostlos deutlich. Gestalten, einzeln, in Gruppen, in endlosen Reihen, schritten im Morgengrauen in unabänderlich vorbestimmter Richtung auf das riesenhafte, graue Fabriktor zu. Immer neue Millionen marschierten heran, grau, gespenstisch-lautlos, und ver-schwanden im Fabriktor der Welt.

„Und du standest schon am Anfang meines Ich.“ Elisabeth wandte sich um nach Jürgen, der schwer atmete. Seine Gesichtshaut wurde und war gelb, als habe sie, wie eine Ballonhülle, einen ungeheuren Atmosphärendruck auszuhalten. Ein Mensch schlief.

Elisabeth berührte den Stöhnenden. Wie ein vom Tode Erweckter richtete er sich auf. Eine ewige Sekunde lang war letzte Bereitschaft in seinem Anblick.

„Dein Gesicht sah gar nicht aus wie ein Gesicht. Sah aus wie ein Gefängnis, wie eine Faust.“ Sie schlüpfte zu ihm unter die Decke. „Was träumst du?“

„Weiß nicht. Weiß nicht.“ Er wußte es nicht. „Wie du duftest!“ Er riß, aus der Tiefe seines Wesens zurückgekehrt, wild das Leben an sich.

(Fortsetzung folgt.)



# Wirtschaft

## Der Reichsindex für die Lebenshaltung. (1913/14 = 1)

7. Januar	1,13
14. "	1,11
21. "	1,08
28. "	1,06
4. Februar	1,04
11. "	1,03
18. "	1,04
25. "	1,05
3. März	1,06
10. "	1,06

Der Index blieb gegen die Vorwoche unverändert.

### Die amtliche Großhandelsindexziffer.

Die auf den Stichtag des 11. März berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt gegenüber dem Stande vom 4. März (118,7) eine geringe Steigerung um 0,9 v. H. auf 119,8. Von den Hauptgruppen fliegen zunächst die Lebensmittel um 1,2 v. H. auf 105,4 (104,1). Die Gruppe Getreide und Kartoffeln blieb mit 83,8 nahezu unverändert. Ebenso die Gruppe Rohle und Eisen mit 137,7. Die Industriepreise zogen um 0,7 v. H. auf 146,9 (145,9) an, die Inlandwaren um 0,7 v. H. auf 107,5 (106,8) und die Einfuhrwaren um 1,9 v. H. auf 181,6 (178,2).

### Frankfurterholung.

An der gestrigen Börse war die Erleichterung des Geldmarktes das herausstechende Merkmal. Tägliche Geld war mit 1/2 Proz. pro Tag angeboten.

Das Inkresse der Börse wendete sich weiter im besonderen Maße den Kurschwankungen des französischen Franken zu. In dem Kampfe zwischen der Bank von Frankreich und der internationalen Devisenspekulation scheint augenblicklich die letztere eine schwere Schlappe eritten zu haben. Gestern wurden im Berliner Tauschverkehr für ein englisches Pfund 109 Franc geboten. Die Zusage einer amerikanischen Anleihe an Frankreich, sowie die Verhandlungen zwischen Pariser und Londoner Stellen und die Interventionen der Bank von Frankreich an den großen ausländischen Devisenbörsen haben eine Erholung des Franken angebahnt, die nach dem Urteil hiesiger Börsenkreise eine gewisse Zeit andauern dürfte. Man verweist allerdings auf ähnliche Schwankungen der Mark in der ersten Periode der Inflation und ist daher auch der Meinung, daß auf lange Sicht neue Frankstürze im Bereich der Möglichkeit liegen.

Die Nachfrage des Inlandes nach Devisen hat weiter etwas nachgelassen. Die Geldknappheit der letzten Tage dürfte hierzu wesentlich beigetragen haben. Immerhin ist der Bedarf noch so groß, daß gestern die scharfen Repartierungen beibehalten werden mußten.

### Spekulative Verteuerung der Schuhe?

Zu der Frage der Häutepreise, die durch Klagen der Lederindustrie über spekulative Preissteigerungen auf den Häuteauktionen aufgeworfen wurde, hat die Regierung kürzlich eine Darstellung veröffentlicht, die eine Ueberschreitung der Weltmarktpreise für Häute in Deutschland bestritt und die Notwendigkeit einer amtlichen, unparteiischen Ueberwachung der Häuteauktionen zurückwies. Die Angelegenheit ist für die breiten Massen von außerordentlicher Wichtigkeit. Begründen doch die Schuhfabrikanten ihre Preispolitik immer wieder mit der Verteuerung ihrer Produktion. Ohne billige Häute kein billiges Leder, ohne dieses keine billigen Schuhe! Gegenüber der Regierungsdarstellung verweisen interessierte Fachkreise darauf, daß die Ursachen, die zur Ausarbeitung eines bisher noch nicht in Kraft getreten Gesetzes über die Kontrolle der Häuteauktionen geführt haben, nach

heute, trotz der privaten Kontrolle, wirksam sind. „Auf der am 27. Februar d. J. in Köln stattgefundenen Auktion wurden“ so heißt es in einer Zuschrift, „die Ochsenhäute im Gewicht von 30 bis 49 Pfund sowie die Kalbfelle zurückgezogen, weil die hierfür gebotenen Preise den Häuteerwartungen nicht zuzugien. Diese anhaltende, auch im gegenwärtigen Momente angewandte Praxis zeigt jedenfalls, daß die Ueberwachungsorgane der Verbände nicht imstande sind, diesen Mißstand zu beseitigen.“

Die Zuschrift enthält eine Reihe weiterer gewichtiger Einwände gegen die Auffassung der Regierung. Sie bestritt die Behauptung der Regierung, daß die Weltmarktpreise nicht überschritten worden seien.

„Der Hinweis darauf, daß ein Ausgleich dadurch herbeigeführt werde, daß etwa zwei Drittel des Bedarfs aus dem Ausland gedeckt würden, ist gleichfalls unzutreffend. Diese Verhältniszahl galt wohl für die Friedenszeiten, kommt heute jedoch nicht mehr in Betracht, nachdem eine Reihe auswärtiger Staaten Ausfuhrverbote für rohe Häute und Felle erlassen haben und die Einfuhr größerer Mengen ausländischer Rohware schon durch die verhältnismäßig geringen Devisenzuteilungen erschwert ist.“

Es ist bezeichnend, daß die Zuschrift der zuständigen Stelle bei der Angabe der deutschen Preise mit dem 19. Februar 1924 aufhört und als höchsten auf der Berliner Auktion gezahlten Preis 90,2 Pf. für Großviehhäute anführt, während auf der mitteldeutschen Auktion in Kassel am 20. Februar 1924 für Großviehhäute Preise bis 119 Pf. gezahlt worden sind.

Auch ist es bezeichnend, daß in der Zuschrift der zuständigen Stelle die Preise für Kalbfelle überhaupt nicht erwähnt sind, obwohl gerade die Preissteigerung dieser Rohware am allerhäufigsten in den Kreisen der Lederindustrie zu lebhaftesten Erörterungen Anlaß gegeben hat. Auf der Häuteauktion in Stuttgart vom 29. Januar 1924 wurden 208 Pf. auf der auf der Auktion in Frankfurt vom 14. Februar 1924 wurden

206 1/2 Pf., auf der Auktion in Leipzig vom 14. und 15. Februar 1924 wurden 211 Pf., auf der Auktion in Mannheim vom 19. Februar 1924 wurden 216 1/2 Pf., auf der Auktion in Kassel vom 20. Februar 1924 wurden sogar bis 225 Pf. für das Pfund Kalbfelle gezahlt. Es wäre interessant, wenn die zuständigen Stelle den Gründen für dieses überaus starke Anziehen der Preise für Kalbfelle nachgegangen wäre und insbesondere die Öffentlichkeit darüber unterrichtet hätte, ob und inwiefern es zutrifft, daß die Preise für Kalbfelle deswegen in dieser starken Weise in die Höhe getrieben wären, weil zwei oder drei westdeutsche Lederfabriken um jeden Preis alle auf die Auktionen kommenden Lose von Kalbfellen erwerben und andere Käufer ohne weiteres überbieten.

Auch wäre es interessant gewesen, von der zuständigen Stelle zu erfahren, ob und inwiefern es zutrifft, daß an den Preissteigerungen auf den Häuteauktionen spekulative Elemente schuld sind. In dieser Beziehung hat nämlich „Die Lederindustrie“, das Organ des Zentralvereins der Deutschen Lederindustrie, in ihrer Nr. 42 folgendes geschrieben:

„Man sieht an den kolossalen Schwankungen der Gebote für ein und dieselbe Gattung und Gewichtsklasse, an der Ausschaltung der notwendigen und selbstverständlichen Wertdifferenz auf Grund der Qualitätsdifferenz, wie sehr hier wirklicher Bedarf und Spekulation miteinander ringen und wie die spekulativen Elemente immer wieder Anlauf nehmen, den Bedarf zur Bewilligung von Ueberweltmarktpreisen zu zwingen. Und wenn sich auf den weiteren Auktionen solche Kämpfe wiederholen, wenn weitere Fälle festgestellt werden, wo (sogar nach Schluß der Auktionen die auf Spekulation zu Ueberpreisen gekauften zahlreichen Lose der Industrie in so dringender Weise angeboten werden, werden wir nicht verstehen, das uns zur Verfügung gestellte Material unter voller Kennung der Anbietenden zu veröffentlichen und weitere Maßnahmen zur Bekämpfung ungesunder Preissteigerungen zu treffen, die heute näher zu beschreiben noch keine Veranlassung vorliegt.“

Nach dieser Veröffentlichung zu urteilen, scheinen in den beteiligten Kreisen doch Unterlagen dafür vorhanden zu sein, daß in der letzten Zeit auf den Häuteauktionen nicht bloß der tatsächliche Bedarf gedeckt wurde, sondern darüber hinaus auch Käufe für Spekulationen getätigt worden sind.

Wir halten es für dringend geboten, daß das Reichswirtschaftsministerium den hier auszugewiesenen wiedergegebenen Klagen mit großer Beschleunigung nachgeht und eine spekulative Verteuerung des Schuhwerks in jedem Falle verhindert.

Ueber den Abbau der Börsenumsatzsteuer fanden im Reichsfinanzministerium gestern Verhandlungen statt, bei denen das Reichsfinanzministerium grundsätzlich eine Ermäßigung der Steuerföge zusagte, wenn gleichzeitig die Bankprovisionen herabgesetzt würden. Die Verhandlungen innerhalb der Reichsregierung werden fortgesetzt.

Wiederholt vorkriegsmäßiger Zahlungsbedingungen. Die Reorganisation des Lieferantenkredits, auf dem vor dem Kriege ein großer Teil des kapitalistischen Warenverkehrs beruhte, geht jetzt langsam vor sich. Die Vereinigung der Ausfuhrer ganz- und halbseidener Wänder in Krefeld hat, wie dem „Konfessionär“ berichtet wird, auf Grund vorausgegangener Verhandlungen mit dem Verband der Seidenhandindustrie Deutschlands das in seinen Konditionen enthaltene Zahlungsziel von 10 Tagen und die 14tägige Rechnungsausstellung beseitigt und statt dessen die friedensmäßigen Monatsrechnungen und ein Zahlungsziel von 35 Tagen netto wieder eingeföhrt.

### Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittsverkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	16,00—17,25	Rübzgetreide, lose	16,00—17,00
Gerstengraupen, lose	16,00—17,00	Kakao, fettarm	100,00—125,00
Haferflocken, lose	15,25—16,00	Kakao, leicht entölt	131,00—153,00
Hafergrütze, lose	15,25—16,25	Tea, Souchon, gepackt	350,00—420,00
Roggenmehl 071	12,75—14,0	Tea, indischer, gepackt	425,00—475,00
Weizenmehl	18,00—18,90	Inlandszucker basis mel.	49,——42,00
Hafermehl	22,00—23,50	Inlandszucker Raffinade	47,50—44,50
7% Weizenmehl	14,50—16,00	Zucker Würfel	46,00—48,00
Weizen-Auszugmehl	17,00—18,00	Kunsthonig	49,50—45,00
Speiseerbsen, Viktoria	19,00—22,75	Zucersirup hell in Elm.	49,00—
Speiseerbsen, kleine	14,00—17,00	Speisesirup dunkl in Elm.	33,00—35,00
Bohnen, weiße, Perl	20,25—24,00	Marmelade Eintr. Erub.	108,90—136,00
Langbohnen hanovers.	2,10—31,00	Marmelade Vierfrucht	40,00—55,00
Linsen, kleine	26,00—30,00	Phaenomen in Eimern	46,00—50,00
Linsen, mittel	26,50—42,00	Steinsalz, lose	3,40—4,00
Linsen, große	43,00—49,50	Steinsalz, lose	4,20—4,80
Kartoffelmehl	16,00—18,00	Bratenschmalz in Tierces	60,00—
Makkaroni	40,00—45,00	Bratenschmalz in KÖbein	70,00—
Makkaronimehl	37,00—38,50	Purelard in Tierces	67,00—
Schmittmehl, lose	21,00—25,00	Purelard in Kisten	68,00—69,00
Bruchreis	15,25—17,50	Speisestärke in Packung	48,00—52,00
Pan-oon Reis	17,00—19,50	Speisestärke in KÖbein	47,00—49,00
Tafelreis, asiatisch, Patna	27,00—31,00	Margarine, Handelsm.	56,00—
Tafelreis, Java	31,00—36,00	desgl. II	48,00—52,00
Rindfleisch, amerik.	105,00—115,00	Margarine, Spezialm.	76,00—
Gestr. P. laumen 50/100	43,00—48,00	desgl. II	60,00—65,00
Pflaumen, entsteint	52,00—55,00	Molkerbutter I. Fässern 20,00	—
Rosinen in Kisten, Candia	75,00—80,00	Molkerbutter in Pack. 216,00	—
Sultanien Carab. ann.	85,00—90,00	Landbutter in Fässern 160,00	—
Korinthen, choice	75,00—80,00	Landbutter in Packungen 185,00	—
Mandeln, süße Bari	145,00—160,00	Landbutter 208,00—216,00	—
Mandeln, bittere Bari	135,00—150,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	35,00—36,00
Zimt (Cassia)	110,00—120,00	Speck, gesalzen, fett	62,00—66,00
Kümmel, holländischer	183,00—165,00	Quadratkäse	48,00—50,00
Schwarzer Pfeffer zingap.	98,00—116,00	Quarkkäse	35,00—50,00
Weißer Pfeffer	120,00—141,00	Holländer Käse, vollfett	118,00—125,00
Rohkaffee Brasil	180,00—215,00	Holländer Käse, halbfett	80,00—85,00
Rohkaffee Zentralamerika	240,00—300,00	Aust. ungezuck. Condens-	—
Rohkaffee Brasil	225,00—290,00	milch 4 1/2	22,00—25,00
Rohkaffee Zentralam.	315,00—400,00	Indische desgl. 4 1/2	15,00—19,50
Malzkaffee, gepackt	23,00—25,00	Ind. gez. Condens. 4 1/2	28,50—29,50

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden

**BORG** ZIGARETTEN FÜR QUALITÄTSRAUCHER

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
7 1/2 Uhr: Die lustig. Weiber  
Opernhaus am Königsplatz  
7 1/2 Uhr: Madame Butterfly  
Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: Das Kästchen  
Schiller-Theater  
7 1/2 Uhr: Stiftungsfest

**Volksbühne**  
7 1/2 Uhr: König Hunger

**Lessing-Th.**  
7 1/2 Uhr: Was ihr wollt  
Freit. 7: Peer Gynt

**Deut. Künstler-Th.**  
Anabinder  
**Senora**

**Th. Admiralsplatz**  
Abendstück 7 1/2 U.  
**Oranien und drüber**

**Deutsch. Opernhaus**  
7 1/2 Uhr: Troubadour

**Intimes Theater**  
1: Der Händsprinz  
Der Schrei u. w.

**Metropol-Theater**  
Letzt. Vorstellungen  
7 1/2 Uhr: Marletta

**Neues Theat. u. Zoo**  
7 1/2 Uhr:  
**LILLY FLOHR** in  
Meine Tochter Otto

**Neues Volkstheat.**  
1: Die Tragödie  
der Familie Stahl

**Thalia-Theater**  
7 1/2 U.: Frasquita  
Gm.-S. Jäschker,  
Martha Serak

**Deutscher Künstlerbund**  
7 1/2 U.: Das Radiomodel  
Operette v. P. Weier  
Karl Vogemann, Edith Kralic,  
Jenny v. Koenig, 133 Damen

**Wallner-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**Mad. Pharao**

**Lustspielhaus**  
7 1/2 U.: Der Liebestrank

**Folies Caprice**  
7 1/2 U.: Die Beine einer  
schönen F. au  
Zwischen 12 u. 1

**Große Volksoper im Theater des Westens**  
7 1/2 Uhr: Boris Godunow

**Kammer-Oper** Lützow str. 312  
8 Uhr: Dr. Henry Duesner — Mus. Leit.: Dr. Ludwig Nis  
Täglich wechselnder Spielplan!

**Neues Operetten-Th.**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Die Guido Thielscher vertagte Nacht**

Edmund L. B. H. v. Franz Arnold u. Ernst Bach,  
Elsa Pöck — Claire Kommer — Sibyl Emmerich  
Camilla Spira — Tony Tetzlaff — Heinrich  
Marlow — Leo Paukert — Berthold Heilig.

**Etablissement Café**  
**Zielka**  
Friedrichstr. 60, Ecke Leipziger Str.  
Varieté! — Kabarett!  
7 1/2 U. Täglich plakat. 7 1/2 U.  
**Paul Beckers, Willy Prager**  
4 1/2 Uhr täglich gr. Nachmittags-Vorst.  
mit Paul Beckers und Fr. Sylva  
4 große Billardsäle.

**Trabrennen Mariendorf**  
Donnerstag, den 13. März  
7 1/2 Uhr

**Apollo-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Die Abenteuerin**  
Schulzeberg, Kastanien, Gerda Müller (von  
Stahnsdorf), Selb. Bina (von Stahns-  
dorf), Kilmann

**Tanz Sport Musik Humor Gesang**

**Alles jeden Abend in der SCALA**

**Internat. Varieté**

**WIEN - BERLIN**  
Unterhaltungs-Varieté  
Täglich 8 Uhr  
**Jägerstr. 63a** Täglich 8 Uhr  
**Das größte Programm!**  
**Geschwister Severus**  
3 Cartellas / Harry Allista  
Alexander Schaffer  
und weitere 6 Schläger

Sonnt. u. Nachmittags-Vorstellg.  
Sonntag 4 U.

Die bekannte warme u. kalte Küche

**Handelskammer zu Berlin** Kaufmännische Schulen  
Ausbildung für jeden kaufmännischen Beruf  
in Handelschulen mit geschlossenen  
Lehrplänen in Jahres-, 1 1/2 u. 2 Jahreskursen  
sowie in einzelnen kaufmännischen Fächern  
Auskunft und Prospekte:  
Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 53/56 II.

**Central-Theater**  
Alte Jakobstr. 34  
Tägl. 8 Uhr  
Die Novität:  
**Der dumme August**  
Operette in 3 Akten

**Walhalla**  
Theater  
Weinbergsweg  
**15 Weltattraktionen**

**WINDMÜHLEN**  
Varieté-Spielplan  
Rauchen gestattet

**Komische Oper**  
Allabendlich 7 1/2  
Die größte Revue  
des Kontinents:  
**Die Welt ohne Schleier**

**Casino-Theater**  
Lothringer Str. 37  
Bühnen-Theater  
Volksstück. Preise  
von 50 Pf. bis 1,50 M.  
Tägl. 8 Uhr:  
Der Semmelbrot: Die  
Kati v. Steinhof

**Reichshallen-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr,  
Sonnt. nachm. 3 Uhr  
**Stettiner Sängers**

**Metropol-Varieté**  
Behrenstr. 54  
8 Uhr:  
Der große  
März-Spielplan  
Bedeutend ermäßigte Preise

**JUMPER WOLLE**  
für Hühner, Strick-  
wolle, hoch feines,  
Wollverleiher Alie  
Jakobstr. 92 (Hof).

**Zigaretten, Tabak**  
bei **Adolf Nagel**  
6, Hermannplatz 6  
Hofladen.

**Gardinen**  
Sonderangebote - Gelegenheits-Käufe  
in **Resten**  
Stores, Bekleidungs-  
Materialien und  
Küchengeräten.  
Sonder-Kaufverhältnisse  
Kochkille Bergstr. 67  
am Ringbühnen.

**Hecht** - Jalousien-  
Kaufhaus  
Zigaretten, Zigarren,  
Tabak billig  
Lindenstr. 81

**Freitag**  
**Donnerstag + Sonnabend**  
**Ausnahmepreise**  
**Frühjahrs- u. Sommer-Konfektion**

Geatr. Covercoatmäntel, Blinderen 12,50  
Windjacken für Reize und Sport 19,—  
Tuchmäntel in eleganter Ausführung 42,—  
Kostüme engl. Charakters, blau u. schwarz 28,—  
Modellkostüme, Impr. Covercoatmäntel, Damengummimäntel in reichster Auswahl

Strickwesten u. -Jacken, viele Farben 15,—  
Frische Sommermäntel, federartig 29,—  
Herrngummimäntel, halbtierig 20,—  
Gardine-Kostüme, gute Qualitäten 88,—  
Modellkostüme, Impr. Covercoatmäntel, Damengummimäntel in reichster Auswahl

**Einmaliges Angebot!** Nur soweit Vorrat  
i. Pflüsch-u. Pelzmaat.

Pflüschmäntel in schwarz, kupfer u. mode 99,—  
Astrachanmäntel, unverwundlich 39,50  
Elektr.-Mäntel, beste Farbe 498,—  
Gazellenjacken, die große Mode 289,—  
Wollpflüschmäntel auf Herrenmaße 75,—  
Biberpflüschmäntel, das modernste 110,—  
See pflüschmäntel auf Damensk. 172,—  
Wollpflüschmäntel, neueste Form 60,—  
Slings, Fohlen- und Katzenjacken zu enorm billigen Preisen.

**Extra-Abteilung: Trauer-Magazin**  
Große Auswahl in Trauerkost., Mänteln, Kleidern, Hüten u. Schleiern in simpl. Preislagen

**Westmann**  
1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

**Gewerkschaftshaus**  
Engelufert 25  
Oekonomie:  
Mathias Schroeder  
Engelufert 25

**Sonnabend, den 15. März**  
**Boeckbier- und Schlachtfest**

Elsbeine, Schlachteschüsseln, Wellfleisch,  
frische Blut- u. Leberwurst aus eigener  
Schlächterei. — Künstler-Konzert.  
**BERLINER MÄNNER-QUARTETT.**



Der auffässige Aufseß.

Wie der Stellvertreter Kahrs zum bewaffneten Aufstand rief!

In der weiteren Zeugenvernehmung schildert Polizeioberst Seißer die Organisation der Abwehr des Hitler-Putschs, wie sie sich in seiner Erinnerung darstellt. Er sagt u. a.: Hitler und Ludendorff waren in der Nacht bereits vollkommen im Bilde, daß wir nicht mitspielen und daß ihre Unternehmungen verloren war.

Vorl.: Das geht bereits über die Zeugenaussage hinaus. Wir treten nun in die nichtöffentliche Sitzung ein. Rechtsanwält Holl: Die Verteidigung ist in der denkbar schwersten Lage. Weiter ist die Vernehmung des Herrn v. Kahrs abgebrochen worden, und es ist für uns jetzt unmöglich, nach diesen Aussagen des Herrn Oberst v. Seißer Fragen zu stellen.

Flucht in die geheime Sitzung ein. Ich bitte doch zu bedenken, daß die Aussagen des Herrn v. Seißer, die die Angeklagten so schwer befallen, jetzt unüberprüfbar in das Land gehen.

Vorl.: Es handelt sich jetzt bei der Besprechung um Dinge, die vor dem Ausland verborgen bleiben sollen.

Rechtsanwält Holl: Trotzdem betone ich, daß diese Dinge zum Teil öffentlich besprochen werden müßten. Die Ehre unserer Mandanten ist hier in scharfer Weise angegriffen. Es ist Herrn Dr. Kahrs vorgeworfen, daß er gelogen hat. Ich bitte um eine Pause von 20 Minuten, damit die Verteidigung sich überlegen kann, ob sie bei ihrer gestrigen festgestellten Absicht bleiben kann.

Rechtsanwält Göb: Als früherer Offizier — ich habe 14 Jahre lang den Rock des Königs getragen — ... Vorl. (unterbrechend): Das haben Sie ja schon wiederholt betont.

Rechtsanwält Göb: Als alter Offizier vermahne ich mich gegen diese Ausführungen des Herrn v. Seißer. Wir haben nicht aus Hoch die Reichswehr oder deren Offiziere angegriffen. Wenn wir es täten, so geschähe es aus wohlüberlegter Verteidigung.

Angriffe gegen Seißer.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde eine ganze Reihe von Erklärungen gegen den Zeugen Oberst v. Seißer abgegeben. U. a. erhob sich Ludendorff und erklärte: Die Darstellung meines Gesprächs in der Nacht zum 9. November mit Oberst v. Seißer ist nicht richtig wiedergegeben. Ich beziehe mich dabei auf meine erste Aussage.

Weiter muß ich feststellen, daß der Frage an meinen Worten im Nebenzimmer des Bürgerdeputierten, „Ich bin ebenso übertrug, wie Sie“, schon damals ohne jeden Grund geantwortet hat.

Was der Zeuge hier ausgesagt hat, ist eine nachträgliche Konstruktion; ferner hat Seißer wiederum behauptet, es werde gegen die Reichswehr geflücht. Demgegenüber verweise ich auf unsere im Interesse der Reichswehr und im höchsten Ernst abgegebenen Erklärungen. Allerdings habe ich die schwere Bestrafung, das Reichswehr und Landespolizei durch die Vertreter, die hier auftreten, geschädigt werden.

Dann gab Rechtsanwält Roder namens sämtlicher Verteidiger folgende Erklärung ab: Oberst v. Seißer hat nicht als Zeuge ruhig und sachlich seine Wahrnehmungen bezeugt, sondern hat eine Verteidigungsrede für Kahrs, Löffow und Seißer gehalten. ... Vorstehender unterbrechend: Das ist eine Kritik an der Zeugenaussage, die unannehmbar ist. Wenn ähnliche Erklärungen abgegeben werden, kann ich diese nicht gestatten.

Rechtsanwält Roder fortsetzend: Der Zeuge hat damit selbst darauf verzichtet, daß seine Ausführungen als objektive und unparteiische Tatsachenbehauptungen hingenommen werden.

Die Verteidigung erklärt, daß ein großer Teil dieser Behauptungen bereits widerlegt ist und daß ein weiterer Teil im Verlauf des Prozesses noch widerlegt wird. Die Verteidigung stellt ihre zahlreichen Fragen an den Zeugen zurück, bis die Vernehmung des Herrn v. Kahrs abgeschlossen ist.

Die Verteidigung war bisher noch Kräfte bestrebt und wird auch künftig bestrebt sein, daß die Staatsbehörde nicht gefährdet wird und daß alles unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt wird, was nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Die Verteidigung weilt zu unterscheiden zwischen Staat und Staatssicherheit und dem eventuellen Hochverrat der Herren Kahrs, Löffow und Seißer.

Die Verteidigung erhebt Widerspruch dagegen, daß diese Herren und ihr Hochverrat geschädigt werden und verlangt, daß die Besprechung vom 6. November, in der das Wort des Generals v. Löffow von der 50prozentigen Garantie und das des Herrn v. Kahrs von dem normalen Weg nach Berlin besprochen wurde, in aller Öffentlichkeit verhandelt werde.

Vorl.: Das ist mir unverständlich. Der Hochverrat der drei Herren soll geschädigt werden? Richtet sich dieser Vorwurf vielleicht gegen das Gericht?

Rechtsanwält Roder: Es kann der Eindruck eines Schutzes nach außen hin dadurch entstehen, daß die Verhandlung hinter verschlossenen Türen geführt wird und die Herren objektiv geschädigt werden.

Erster Staatsanwält Dr. Stenglein (sehr erregt): Es ist schon bei der Vernehmung des Generals v. Löffow der Antrag gestellt worden, die Öffentlichkeit bei der Besprechung der Vorgänge am 6. November auszuschließen. Damals wurde kein Widerspruch erhoben und insbesondere auch nicht der Vorwurf gemacht, als ob irgend etwas der Öffentlichkeit entzogen werden sollte, was die Hochverratsanklage gegen Kahrs, Löffow und Seißer betrifft (sehr scharf): Wir Entschiedenheit und größter Entrüstung mich ich gegen den Vorwurf wenden, als ob irgendwie die Herren Kahrs, Löffow und Seißer gegen die Anklage wegen Hochverrats in Schutz genommen werden sollten. Das prüft die Staatsanwaltschaft mit größter Gewissenhaftigkeit und das wird auch ohne Rücksicht auf die Person durchgeführt. Es liegt kein Grund vor, hier in aller Öffentlichkeit der Staatsanwaltschaft einen derartigen Vorwurf zu machen. Ich weise ihn daher mit aller Entschiedenheit zurück. (Große Bewegung.)

Rechtsanwält Roder: Meine Erklärung hat keinen Zweifel daran gelassen, daß ich gesagt habe, die Herren werden durch den Ausschluß der Öffentlichkeit nur nach außen hin geschützt, und daß der Anschein vermieden werden soll, als ob hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Es war am allerwenigsten ein Vorwurf gegen die Staatsanwaltschaft, die ja über den Ausschluß der Öffentlichkeit gar nicht zu befinden hat.

Vorl.: Dann lasse ich es also so auf, daß weder ein Vorwurf gegen die Staatsanwaltschaft noch gegen das Gericht erhoben worden ist. Sonst würde ich diese Äußerung entschieden zurückweisen.

Rechtsanwält Dr. Luetgebrune: Herr v. Seißer hat hier

von den Anordnungen gesprochen, die Erz. Ludendorff angeblich bezüglich des Grenzschutzes in Nordbayern getroffen hat. Erz. Ludendorff hat es abschließend in öffentlicher Sitzung abgelehnt, sich darüber zu äußern. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn Herr v. Seißer aus demselben Grund seine Aussage vorher überprüft hätte.

Rechtsanwält Gademann: Die Ereignisse des 6. November sind bereits zum Teil in breiter Öffentlichkeit erörtert worden und müssen auch weiterhin öffentlich besprochen werden.

Ich bin im Besitz eines genauen Stenogramms der Sitzung vom 6. November und kann auf Grund dieses erklären, daß in der Sitzung keine Fragen besprochen worden sind, die die Staatssicherheit gefährden könnten, wohl aber sind damals Erklärungen der Herren Kahrs, Löffow und Seißer abgegeben worden, die ihr Verhalten in einem ganz anderen Sinn, als sie es hier darstellen, erscheinen lassen werden.

Vorl.: Es handelt sich ja auch noch um andere Komplexe, wegen deren Ausschluß der Öffentlichkeit notwendig ist.

Erster Staatsanwält Stenglein: Meiner Ansicht nach ist es unzutreffend, daß es bereits nachgewiesen ist, daß der Marsch nach Berlin von den Herren Kahrs, Löffow und Seißer beabsichtigt worden ist. Ich bitte das Gericht, die Frage zu prüfen, ob über die Sitzung vom 6. November in der Öffentlichkeit verhandelt werden kann.

Rechtsanwält Holl: Der Staat und die Staatssicherheit sind mit den Herren Kahrs, Löffow und Seißer nicht identisch.

Nach kurzer Beratung verließ die Vorsitzende, daß für die Dauer der weiteren Vernehmung des Oberst v. Seißer die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen wird. Ueber die Frage, ob die Sitzung vom 6. November in öffentlicher Sitzung erörtert werden kann, wird in nächstöffentlicher Sitzung entschieden werden.

Die Vernehmung des Oberst v. Seißer in der geheimen Sitzung dauerte dann bis gegen 2 Uhr nachmittags, worauf die Mittagspause eintrat. Um 4 Uhr nachmittags wird die öffentliche Verhandlung wieder aufgenommen.

Wehrkreis-Kommando und Marsch auf Berlin.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung verlas der Vorsitzende zunächst zwei Erklärungen, deren eine, des Wehrkreis-Kommandos 7, Stellung dagegen nimmt, daß die Verteidigung behauptet, die Angaben, die General Löffow in öffentlicher Sitzung gemacht habe, seien in geheimer Sitzung widerlegt worden. Das Wehrkreis-Kommando erklärt offiziell, daß es niemals einen Befehl ausgegeben habe, in welchem von einem Vormarsch auf Berlin gesprochen worden sei; gezeichnet Generalleutnant Graf v. Krellenstein.

Eine zweite Erklärung des Ministeriums des Innern wendet sich dagegen, daß der Angeklagte Dr. Fried über seine Unterhandlung mit dem Geheimrat Sedlmayer eine völlig falsche Darstellung gegeben habe.

R.-A. Roder: Das Wehrkreis-Kommando behauptet, einen solchen Befehl nicht herausgegeben zu haben. Ich bitte den Herrn Direktor, die Feststellung zu machen, daß ein hoher Offizier einen solchen Befehl vom Wehrkreis-Kommando mitgenommen hat.

Vorl.: Eine solche Feststellung, die sich auf eine geheime Sitzung bezieht, mache ich nicht.

R.-A. Holl: Ich übergebe hier dem Gericht einen ähnlichen Befehl, der vom Infanterieregiment 19 ausgeht und der die Unterzeichnung des Bataillonsadjutanten trägt.

Vorl.: Das hätten Sie besser in geheimer Sitzung getan. R.-A. Gademann: Ist es der Staatsanwaltschaft inzwischen gelungen, die Adresse des Herrn Ehrhardt zu ermitteln, damit seine Ladung jetzt vorgenommen werden kann?

Vorl.: Die Adresse soll Bergstraße 7 sein. Hierauf erfolgte

Die weitere Vernehmung Kahrs

der heute seinerseits einen Vorstoß gegen die Verteidigung unternahm. — Vorl.: Erzellenz haben mir zwei Briefe übergeben, die bezüglich ihrer gestrigen Vernehmung an Sie gelangt sind. Wollen Sie die Schreiben selbst verlesen. — Zeuge v. Kahrs: Die Verteidigung hier hat behauptet, ich hätte in Gegenwart des Herrn Justizrats v. Jeschke und des Professors Sittmann Herrn Kritsch aus Leipzig empfangen und hätte ihm über einen Marsch nach Berlin Mitteilungen gemacht. Hierin schreibt mir Herr Prof. Sittmann, daß bei dieser Unterhaltung Kritik lediglich den Wunsch geäußert hat, von mir zu hören, ob meine Differenzen mit Hitler beigelegt seien. Ueber einen Marsch nach Berlin ist überhaupt nicht gesprochen worden. Zweitens hat die Verteidigung erklärt, Herr Oberst Inlander habe auf dem „Deutschen Tag“ in Bamberg erklärt, er habe mich einen Tag vorher über den sogenannten Marsch nach Berlin interpelliert. Hierzu schreibt mir Herr Oberst Inlander, daß diese Mitteilung der Verteidigung vollkommen unrichtig ist. Er habe mit mir ein einziges Mal, und zwar im September 1923, in der Versammlung im Zirkus Krone gesprochen, daß sei die Unterhaltung nicht über eine gesellschaftliche Begrüßung hinausgegangen.

R.-A. Holl: Die Verteidigung behält sich vor, die beiden Herren als Zeugen zu laden. Kennen Erzellenz vielleicht Professor Hermann Bauer, und wolle Sie, daß er mehrere Wochen vor dem 9. November in öffentlichen Versammlungen über den Marsch nach Berlin gesprochen hat? — Kahrs: Ich weiß, daß Prof. Bauer das Wort geprägt hat: „Nicht los von Berlin, sondern auf nach Berlin.“ Ich habe dieses Wort recht unglücklich gefunden. — R.-A. Holl:

kennen Erzellenz einen Major Schäfer aus Würzburg, und haben Sie zu diesem Herrn nicht Ende Oktober gesagt, es gäbe zwei Wege, nämlich die glatte Verständigung mit Berlin und die gewalttätige Lösung. Der erstere Weg sei aber nicht mehr gangbar.

Zeuge Kahrs: Das hat mit den Erklärungen vom 9. November durchaus nichts zu tun. Man kann auf diese Fragen, die aus dem Zusammenhang herausgerissen sind, doch nur antworten, wenn die ganze Unterhaltung erörtert wird. — R.-A. Dr. Holl: Für die Verteidigung ist es der fordernde Punkt, nachzuweisen, daß die Herren Kahrs, Löffow und Seißer den Marsch nach Berlin beabsichtigt haben. Wir werden noch mehr Herren aufmarschieren lassen und sie über derartige Unterhaltungen hier hören. Ich komme nun auf Herrn

Baron von und zu Ruffeß

zu sprechen, der doch Ihr Vertreter im Generalkommissariat gewesen ist. Haben Sie mit Herrn v. Ruffeß alles vorher besprochen? — Zeuge Kahrs: Alles, was in das Verwaltungsgeschäft einschlug. Die politischen Fragen haben mir nur hin und wieder erörtert. — R.-A. Holl: Ist Erzellenz bekannt, daß Herr Baron von und zu Ruffeß in München am 20. Oktober bei den Boyaren folgende Rede gehalten hat:

Im Namen und Auftrag Siner Erzellenz des Herrn Generalkommissars Dr. v. Kahrs, der durch die dringende Abhaltung nicht in der Lage ist, Ihrer Einladung Folge zu leisten, spreche ich Ihnen meinen Gruß und meine besten Wünsche aus. Er wäre sicher gern gekommen, aber Sie müssen ihn entschuldigen. Er ist

mit der Lunte vor dem offenen Pulverschaf. Auch ich konnte Ihrer Einladung früher nicht Folge leisten, da ich als stellvertretender Staatskommissar ebenfalls schwer in Anspruch genommen bin und mich nicht früher losmachen konnte.

Meine Damen und Herren, der Bruch zwischen Bayern und Berlin ist heute abend 8 Uhr 30 Minuten erfolgt, und wir sind froh, daß er erfolgt ist. Es heißt für uns nicht: Los von Berlin, wir sind keine Separatisten, es heißt für uns: Auf nach Berlin! Wir sind seit zwei Wochen von Berlin in einer unerhörten Weise belagert worden, und das ist auch nicht anders zu erwarten von dieser Judenregierung, an deren Spitze ein Matrazingenieur steht. Ich habe seitherzeit gesagt: „In Berlin ist alles verberbt und verfault,“ und ich hätte das auch heute noch aufrecht. Herr Ehrhart hat damals gegen mich vorgehen wollen, aber man hat ihm gesagt, er solle sich nicht mit mir einlassen, er würde den kürzeren ziehen, ich hätte ein Schwertmaul. Die Reichsregierung ist sich der Gefahr bewußt, die ihr von Bayern droht. Reichsarbeitsminister Brauns kam heute abend in das Generalkommissariat, um zu vermitteln. Er wurde gefragt, ob er im amtlichen Auftrag erscheine. Er sagte: „Nein, das gerade nicht, aber um.“ Es wurde ihm sehr kurz und deutlich erklärt, seine Anwesenheit sei nicht weiter erwünscht. Als er dann noch herumdrückte und nicht gehen wollte, erklärte ihm Herr v. Aniling, wolle die Tür sei. Bahn-Pol- und Finanzhoheit haben wir verlangt. Jetzt haben sie sie uns genommen. Es kommt nichts mehr über die Grenzen, kein Geld, keine Lebensmittel. Der „Völkische Beobachter“ darf wieder erscheinen. Wir haben auch keine Veranlassung, einen Ehrhardt zu verhaften, auch die Erzberger-Mörder können ruhig ihrem Verfall nachgehen, wir würden sie niemals ausliefern. Ich rufe Sie zur Einigkeit auf, stellen Sie sich hinter Kahrs. Es wird uns immer besonders von der Seite Hitlers vorgehalten, wir tun nichts, es dauert zu lange, man müsse doch endlich mal einen Erfolg sehen. Das geht nicht alles auf einmal. Hitler wollte gleich loschlagen, aber wir müssen diplomatisch vorgehen, damit wir nicht ins Arsch geschickt werden. Es wäre besser gewesen, wenn die, die abseits gestanden sind, mitgearbeitet hätten, dann wären wir heute schon weiter. Heute gehen wir mit Hitler zusammen. Wir wollen nicht los vom Reich, nicht gegen das Reich, aber gegen die Reichsregierung. Man wartet in Norddeutschland darauf, daß wir loschlagen. Aber dies alles muß vorbereitet sein. Es waren Vertreter bei uns von Ostpreußen, Mecklenburg, Pommern, Hamburg, Hannover und Württemberg, die uns ihre Unterstützung zugesagt haben. Der General Müller in Sachsen hat seine Truppen aufgestellt und sie gestragt, wer für rechts und wer für links sei. Er hat sie dann getrennt untergebracht, die einen in diesen, die anderen in jenen Kasernen, hat selbst das Kommando über die rechtsstehenden Truppen übernommen. Die württembergische Reichswehr war angeblich zum Schutz von Blaun nach Hof beordert. Wir haben uns bestimmter Quelle erfahren, daß diese Truppen als erste zur Abriegelung gegen Bayern bestimmt waren. Der dortige württembergische Kommandant hatte uns aber bereits die Zustimmung gegeben, daß er gegen die bayerische Reichswehr nicht vorgehen werde. Wir haben der württembergischen Reichswehr zu Ehren in Hof einen „Deutschen Tag“ abgehalten. Meine Damen und Herren, halten Sie sich bereit, wenn in den nächsten Tagen der Aufruf zu den Waffen an alle diejenigen ergeht, die schon mit Gewehr und Säbel ausgegangen sind. Meine Damen, lassen Sie Ihre Angehörigen. Ihre Brüder ziehen zum großen Befreiungskampf. Es wird nur kurze Zeit dauern.“

Vorl.: Wann haben die Angeklagten diese Rede des Barons Ruffeß kennengelernt? — Rechtsanwält Holl: Bald, nachdem sie verbreitet worden ist. Sie ist ja in mehreren hundert Exemplaren hergestellt worden. — Kahrs:

Ich habe Baron v. Ruffeß keinen Auftrag gegeben, eine solche Rede zu halten.

Er hat mir nur kurz gesagt, daß er zu dieser Versammlung gehen würde. Mehr weiß ich davon nicht. Baron v. Ruffeß behauptet übrigens, daß diese Rede eine plumpe Fälschung sei. Den Inhalt mache ich mir nicht zu eigen. — Rechtsanwält Holl: Die Rede ist keine Fälschung, und wir werden Duzende von Zeugen dafür stellen. — Rechtsanwält Luetgebrune-Göttingen: Ich stelle fest, daß Erzellenz Ludendorff z. B. diese Rede erst im Verlauf der Untersuchung kennengelernt hat.

Kahrs, Claß und das Direktorium.

R.-A. Holl: Hat Major Fuchs aus Berlin Eurer Erzellenz nicht eine leitende Stellung im Reich vorgeschlagen und haben Sie nicht drei Bedingungen an diese geknüpft? — Kahrs: Ich habe Major Fuchs erst Ende November kennengelernt und habe einen Vorschlag im Reich grundsätzlich abgelehnt.

R.-A. Holl: Am 9. November bin ich mit Kommerzienrat Jenz in der Infanterieschule erschienen, wo mir Erzellenz v. Löffow sprach. Löffow erklärte uns: Wir wollten ja einen Staatsreich machen, nur über die Zeit waren wir uns noch nicht einig. Wir wollten noch 14 Tage warten und inzwischen die übrigen Wehrkreis-Kommandanten auf unsere Seite bringen. Ich schlage erst los, wenn ich 51 Proz. Wahrscheinlichkeit für den Erfolg habe. Dedem Eurer Erzellenz diese Erklärung?

Kahrs: Wenn diese Erklärung — was ich übrigens nicht gänzlich — so gegeben worden ist, und wenn sie im Sinne eines militärischen Putschs gemeint war, so dede ich sie nicht.

R.-A. Holl: Korvettenkapitän Sautter ist bekanntlich die rechte Hand von Ehrhardt. Dieser ist die rechte Hand des Herrn Justizrats Claß, den Eurer Erzellenz kennen. Ist es nicht richtig, daß Eurer Erzellenz mit Herrn Claß durch freundschaftliche Handshake verbunden sind?

Vorl.: Ich möchte den Grund zu dieser Frage erst kennen lernen.

R.-A. Holl: Ich will hier noch nicht allzu große Gebiete aufdecken. Bekomme ich von Erzellenz Kahrs hier keine Antwort, dann muß ich allerdings tiefer in die Sache eindringen, daß über ein Rechtsdirektorium mit Herrn Claß verhandelt worden ist?

Zeuge Dr. v. Kahrs: Meine Beziehungen zu Herrn Justizrat Claß haben mit den Vorgängen am 8. und 9. November nichts zu tun.

R.-A. Holl: Diese Antwort genügt mir. Ich bin froh, daß ich nicht mehr gefragt habe, denn ich stehe auf dem Standpunkt, daß man um Gottes Willen hier nicht mehr Leute hineinzuziehen soll als unbedingt nötig sind. War Eurer Erzellenz im Sommer 1922 auf der Burg Hoheneck?

Vorl.: Was ist mit dieser Frage beabsichtigt, das Gericht möchte hier klar sehen.

R.-A. Holl: Dann will ich fragen, ob v. Kahrs dort nicht die

Beurteilung geben hat, daß die Jesuiten keine besten und treuen Mitarbeiter sind. (Lauter Lachen im Zuhörerraum) Vorl.: Diese Frage kann ich nicht zulassen. Wenn das Lachen im Zuhörerraum nicht aufhört, lasse ich unverzüglich den Saal räumen. Wir sind hier nicht im Theater, wenn das auch von mancher Seite behauptet wird.

Hilfer: Hat das angestrebte Direktorium von Frankreich oder der Tschechoslowakei die Zusicherung bekommen, daß nicht dagegen vorgegangen wird?

Vorl.: Diese Frage braucht nicht beantwortet zu werden. R. M. Roder: Was haben die Herren Rahr, Löffow und Seiber sich vorgestellt, falls Reichspräsident Ebert sich gegen den Druck des Rechtsdirektoriums stemmen würde. Was sollte geschehen wenn Herr Ebert diesen Druck energisch zurückwies? Was sollte z. B. mit der Reichswehr werden? — Zeuge v. Rahr: Das wäre Sache von Verhandlungen gewesen. — R. M. Dr. Lütgebrunne: Welcher Zeitpunkt war für das Inkrafttreten des Direktoriums in Aussicht genommen? Hatte man bereits eine Liste der Mitglieder festgestellt? — Rahr: Die Liste war noch nicht abgeschlossen. — Justizrat Schramm: Ist nach Ihrer Auffassung, Erzellenz, ein Staatsstreich überhaupt eine legale Angelegenheit? — Rahr: Das kann sehr wohl sein. Der Druck der Gewerkschaften auf die Regierung ist bekanntlich auch legal. Wenn das Direktorium sich legal durchgesetzt hätte, so wäre der Staatsstreich durchaus in Ordnung gewesen. — Justizrat Schramm:

Ist in der Nacht zum 9. November eine Depesche von Erz. v. Seekt an Herrn v. Rahr eingelaufen, in der gestanden hat, daß Seekt die Diktatur im Norden in seiner Hand habe?

Rahr: Eine solche Depesche ist an mich in der Tat gelangt. Justizrat Schramm: Ist Ihnen ferner bekannt, daß eine Depesche zurückging, in der für die anbotene Reichshilfe zur Niederschlagung des Hitler-Putsch gedankt und erklärt wurde, daß durch Erledigung des Hitler-Kustandes der Fall Löffow nun wohl erledigt sei. Zeuge v. Rahr: Ich habe Erz. v. Seekt für die anbotene Hilfe gedankt. Das ist richtig, etwas anderes kam wohl nicht zum Ausdruck. Ich weiß nicht, wer diese Depesche verfaßt hat. Rechtsanwält Holl: Haben Sie vielleicht eine Nachricht über eine Diktatur Seekts vom Oberbürgermeister Suppe-Mürnberg erhalten? Und wissen Erzellenz auch, daß in der Nacht das Telefon zwischen Erz. Seekt, Herrn Luppig und der Infanterieschule spielte? Zeuge v. Rahr: Das stand jedenfalls in der Zeitung. Rechtsanwält Hemmeyer: Der Druck sollte also nicht von der Beamten, sondern von der wirtschaftlichen Stelle ausgeht werden. Rahr: Das war Sache der beteiligten Kreise. Ich habe immer betont, daß die Errichtung des Direktoriums in erster Linie von Norddeutschland aus betrieben werden müsse. Selbstverständlich sollte auch die Reichswehr ein Wort dabei mit sprechen. Staatsanwalt Ehardt: Es ist vorhin gesagt worden: In der Nacht vom 8. zum 9. November sei die Nachricht gekommen, daß die Diktatur Seekt gekommen sei. Nun hat aber am Donnerstag, den 8. November, abends, der Herr Reichspräsident die vollziehende Gewalt Erz. Seekt übertragen. Das war wohl damit gemeint? Rechtsanwält Holl:

Erzellenz, haben Sie am 5. November den Kapitän Ehrhardt ins Generalkonsularat gebeten und ihm erklärt: „Was wir beabsichtigen haben, findet jetzt nicht statt.“

Rahr: Ich kann dazu keine Erklärung abgeben. Hilfer: Mich interessiert nicht, mit welchen Verbänden Em. Erzellenz verhandelt hat, aber mit welchen Persönlichkeiten aus dem Norden haben Em. Erzellenz über diesen anormalen Druck gesprochen? Rahr: Mit Minow, Treppe, Scheer, mit Knebel-Döberitz. Hilfer: Minow war damals nur Generaldirektor von Stinnes. Wie sollte er berechtigt sein, als Vertreter einer großen Gruppe der Nation einen Druck auf den Herrn Reichspräsidenten oder das Kabinett auszuüben. Rahr: Darauf kann ich keine Antwort geben.

Rechtsanwält Roder: General v. Löffow hat bei der Inpflichtnahme eine Anrede gehalten: „Wir wollen weiterkämpfen unter der Flagge schwarzer Wehr, wir wollen uns von den derzeitigen Machthabern in Berlin befreien, die unter Vaterland ins Unglück gestürzt haben.“ Entsprechend diese Rede der Besprechung mit Em. Erzellenz? Rahr: Ich lehne es in der Besprechung auf mein Dienstgeheimnis ab, mich darüber zu äußern. Rechtsanwält Roder:

Erzellenz haben in der Nacht vom 10. zum 11. November im Speisesaal der Kaserne des Regiments 19 geduldet: „Ich habe das gleiche gewollt, wie Hilfer, aber Hilfer hätte noch ein bißchen warten sollen.“

Rahr schweigt. Rechtsanwält Roder: Erzellenz, war der Justizrat v. Zejschwich nicht dabei? Rahr: Ich weiß, daß er dabei war. Ich habe mich aber damals ausdrücklich von jeder Beurteilung zurückgehalten. Justizrat v. Zejschwich springt auf: Ich kann mich dazu äußern: Es handelte sich um meinen Sohn, um seinen Willen war ich in die Kaserne gekommen. Ich sah neben Herrn v. Rahr und fragte ihn, ob ich einige Worte mit ihm sprechen könnte, was er bejahte.

B. im Essen sagte dann Rahr: „Hilfer und ich haben daselbe gewollt. Hilfer ist nur vorgeprellt.“

Ich hätte dann noch eine Auseinandersetzung mit General v. Löffow wegen der Art und Weise, wie man die Führer der Bewegung behandelt hat. Rahr: Ich kann mich an den Wortlaut dieser Auseinandersetzung mit Löffow nicht erinnern. Ich lehne es aber ab, daß ich gesagt haben soll, ich wolle daselbe wie Hilfer. Im weiteren Verlauf der Verhandlung kommt es zu einer Gegenüberstellung zwischen Rahr und Böhner, bei der Böhner seine Anaben aufrechterhält, ohne daß wissentliche Punkte zutage gefördert werden. — Rechtsanwält Hemmeyer: Ist Em. Erzellenz bekannt, daß für den Fall des Einmarsches der Reichswehr nach Sachsen auf Anforderung der Reichsregierung auch der Kapitän Ehrhardt mit seinen Formationen als bayerische Notpolizei marschieren sollte? — Rahr: Die Verstärkungen waren aus allen vaterländischen Verbänden entnommen. — Rechtsanwält Hemmeyer: Glauben Em. Erzellenz, daß man in Berlin die Verwendung Ehrhardts in Sachsen, unter dem Mantel der Notpolizei, geduldet hätte, wo doch in Sachsen der Haftbefehl gegen ihn erlassen war? — Rahr: Er brauchte ja nicht selbst hinzugehen. (Heiterkeit.) Rechtsanwält Hemmeyer: Nachdem bekannt war, daß der „Wiking-Bund“ über die Ziele, die ihm von Em. Erzellenz gestellt worden sind, hinausgegangen war, warum ist dann nichts geschehen, um sofort einzugreifen und dieses Vorgehen zu reprimieren. Weshalb hat man erst bis zum 6. November damit gewartet? — Erster Staatsanwalt Stenglein: Diese Frage ist bereits in geheimer Sitzung

erörtert worden. — Vorl.: Die Tatsachen aus der nicht öffentlichen Sitzung stehen unter dem Schweigegebot. — Rechtsanwält Hemmeyer: Ist es richtig, daß es zwischen Em. Erzellenz und dem Führer der sogenannten Hausmacht, Sanitätsrat Pittinger, wegen der Zauberpolitik von Em. Erzellenz zu ersten Unstimmigkeiten ge-

kommen ist? — Vorl.: Diese Frage hängt nicht mit den Vorgängen hier zusammen. — Rahr: Ich will nur sagen, daß sich die Vorstellungen Pittingers auf rein wirtschaftlichen Fragen beschränkten. Hierauf wurde die Sitzung auf Donnerstag morgen 9 Uhr vertagt.

## Vor Toresschluss.

### Die letzten Beratungen im Reichstag.

Im Reichstag erklärte gestern vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Dr. Düringer (DVP.), seine Rede vom Montag habe in der Presse manche Mißdeutungen erfahren. Es habe ihm ganz ferngelegen, seinem Fraktionskollegen v. Kaumer einen persönlichen Vorwurf zu machen. Er habe lediglich betont, daß jemand, der der Industrie nahesteht die Frage der Aufwertung anders ansieht als jemand, der sie vom Standpunkt der Beschäftigten aus betrachtet.

Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen. Abg. Esser (Ztr.) begründet einen Zentrumsantrag auf Weiterzahlung der sozialen Fürsorgeleistungen im besetzten Gebiet.

Reichsfinanzminister Dr. Lütke begreißt den Antrag. Er bedauert unter allgemeiner Zustimmung, daß von den Besatzungsbehörden die Durchführung der Steuernotverordnungen im besetzten Gebiet noch immer nicht genehmigt ist. Das Reich müsse mit den Steuereinnahmen aus dem besetzten Gebiet rechnen. Wenn sie ihm entzogen werden, könne die Leistung der Reparationen gefährdet werden. (Beifall.) Der Antrag Esser wird angenommen.

Der Besetzungswurf über die

### Ausprägung neuer Reichsilbermünzen

ist vom Ausschuss dahin geändert worden, daß nur 1-, 2- und 3-Markstücke, nicht aber die ursprünglich aus vorgesehene 5-Markstücke geprägt werden sollen.

In einer Entschließung ersucht der Ausschuss die Reichsfinanzverwaltung mit Rücksicht auf die besondere Zahlungsmittelnot im besetzten Gebiet, baldmöglichst möglichst große Mengen der Reichsilbermünzen dort in den Verkehr zu bringen.

Abg. Dr. Helfferich (Dnat.) hält es für wünschenswert, daß die kleinen Papierscheine bald durch Hartgeld ersetzt werden. Es genüge aber die Prägung von Ein- und Zweimarkstücken. Die Gefahr der Inflation durch die neuen, nicht vollgültigen Münzen ist dadurch beseitigt, daß sie nur so weit in Verkehr gebracht werden dürfen, als die anderen Zahlungsmittel aus dem Verkehr gezogen werden. Redner äußert Bedenken gegen die Bestimmung, daß bei Zahlung von Verbindlichkeiten in gesetzlichen Zahlungsmitteln eine Mark in Silbermünzen einer Goldmark gleich gesetzt wird und Goldmark in diesem Sinn der Wert von 1/1000 Kilogramm Feingold ist.

Helfferich beantragt, statt „Goldmark“ zu lesen „Reichsmark“ und die Reichsmark als gesetzliches Zahlungsmittel zu erklären.

Abg. Schlad (Ztr.) empfiehlt die Entschließung des Ausschusses. Die Abgeordneten Dauch (DVP.), Dr. Dernburg (Dem.) und Reichsfinanzminister Dr. Lütke wenden sich gegen die Anträge Dr. Helfferichs.

Abg. Dr. Herx (Soz.) kommt auf das Helfferichsche Roggenwährungsprojekt zurück und wies dem Abg. Helfferich vor, mit jenem Projekt der Roggenwährung die Rebenabsicht verbunden zu haben, den Roggenpreis ständig möglichst hoch zu halten. Was in offener Feldschlacht nicht erreicht werden konnte. (Unruhe rechts.) Wenn wir zu stabiler Währung gekommen wären, sei es nicht durch, sondern gegen Helfferich gesehen. (Beifall links.)

Präsident Löbe: Es würde der Erledigung unserer Geschäfte zuträglich sein, wenn wir vom Roggen wieder auf die Silbermünzen zurückkämen. (Heiterkeit.)

Besonders bemerkt Abg. Helfferich (Dnat.), daß von einer Rebenabsicht bei seinem Roggenprojekt absolut keine Rede gewesen sei.

Die Vorlage wird nach den Ausschussbeschlüssen unter Ablehnung der Anträge Helfferich, für die nur die Deutschnationalen stimmen, angenommen, ebenso die Entschließung. — Auch in dritter Lesung und in der Gesamtstimmung wird die Vorlage angenommen.

Ein Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten auf

### Änderung des Reichswahlgesetzes

in der Fassung vom 6. März 1924 geht dahin, in § 16 vorzuschreiben, daß die Kreiswahlvorschläge von mindestens 500 (statt 20) Wählern des Wahlkreises unterzeichnet sein müssen; doch sollen 20 genügen, wenn diese glaubhaft machen, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Kreiswahlvorschlags oder eines anderen sind, mit dem sich der Wahlvorschlag verbindet oder der sich dem gleichen Kreiswahlvorschlag anschließen will.

Der Antrag wird ohne Aussprache sofort in allen drei Lesungen genehmigt und unverändert angenommen.

Es folgt in zweiter Beratung das Reichspostfinanzgesetz, über dessen Ausschussberatung wir im gestrigen Morgenblatt berichteten.

Abg. Bruha (Dnat.) bemängelt den gegenwärtigen Betrieb der Post, der modernen Verkehrsbedürfnissen nicht entspreche, erklärt aber, daß die Mehrheit seiner Freunde ihr zustimmen werde.

Abg. Lang (Bayer. Sp.) bekämpft den Ausschussbeschluss zum § 13. Er befürchtet, daß die bayerischen Interessen im Verwaltungsrat nicht genügend gewahrt werden (!) und lehnt die Vorlage ab.

Der bayerische Gesandte v. Preger erklärt, Bayern könne die Vorlage nicht annehmen und werde alle staatsrechtlichen Mittel dagegen anwenden.

Gesandter Hildenbrand schließt sich für Württemberg dieser Erklärung an.

Abg. Henning (Deutschösterreich) ist grundsätzlich gegen die Vorlage.

Abg. Andre (Ztr.) hält die Vorlage für unvermeidlich, nachdem die Post keine Reichszuschüsse mehr erhalten könne. Das Gesetz wolle den wirtschaftlichen, kaufmännischen Geist in die Postverwaltung tragen.

Abg. Steinkopf (Soz.) tritt für die Vorlage ein. Sie dürfe jedoch keineswegs die Einseitigkeit einer Privatisierung der Post bilden. Die Reichsregierung bitte ich um eine Erklärung, ob sie Bayerns Hoheitsrechte in Bezug auf die Post zugestehen wolle. Ihre Stellungnahme dazu ist bisher nicht ganz klar geworden. Wenn man Bayern und Württemberg Zugeständ-

nisse macht, kann man Ansprüche anderer Länder nicht zurückweisen. Mit einer praktischen Dezentralisation sind wir einverstanden. Die kreditgebenden Kreise dürfen außer ihren Rechten im Verwaltungsrat keinen weiteren Einfluß auf die Postverwaltung erhalten. In den Verwaltungsrat muß auch ein Vertreter der Arbeiter berufen werden. In Brindhande darf der kostbare Apparat der Reichspost nicht übergehen, wir würden niemals einer Privatisierung der Post die Hand bieten. Die Post ist auch ein Kulturfaktor — man denke nur an die Bedeutung für die Presse — und hat die Bedürfnisse der Allgemeinheit zu befriedigen. Wir sind bereit, der Postverwaltung die Bewegungsfreiheit auch in Bezug auf die Tarifgestaltung, deren sie bedarf, zu geben. Ist der Personalabbau bei der Post beendet? Ich hoffe es. Die neunkündige Dienstzeit der Postbeamten ist bei anderen Beamten in Ländern und Gemeinden noch nicht durchgeführt. Die Entschädigung für Nachdienst ist ganz ungenügend. Die Beamtenhaft muß eine Verbesserung ihrer Verhältnisse erfahren. Besondere Bedenken gegen das Gesetz haben wir nicht, wir stimmen ihm zu.

Abg. Adner (Dnat.): Württemberg und Bayern wollen keine neuen Sonderrechte, aber die in den Staatsverträgen übernommenen Verpflichtungen des Reiches müssen loyal erfüllt werden.

Präsident Löbe ermahnt zur Kürze. Es sei wünschenswert, daß dieser Gegenstand heute noch erledigt werde, da heute die vorletzte Sitzung des Reichstags sein werde.

Abg. Dr. Goffein (Dem.) wendet sich gegen die Bedenken der Herren aus Bayern und Württemberg.

Abg. Hoffmann-Schwarzendorf (Komm.) erklärt, daß seine Partei das Gesetz ablehne.

Reichspostminister Dr. Hoese ersucht um Annahme der Vorlage. Die Vorlage wird hierauf mit großer Mehrheit in zweiter Beratung angenommen. Die Schlussabstimmung wird auf morgen vertagt.

### Die Neuwahl des Reichspräsidenten.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) begründet dann einen Antrag seiner Freunde, wonach unter Aenderung des Artikels 180 der Reichsverfassung die Neuwahl des Reichspräsidenten gleichzeitig mit der Neuwahl des Reichstags stattfinden soll.

### Reichsinnenminister Dr. Jarres

gibt dazu folgende Erklärung ab. Der Herr Reichspräsident hat im Laufe der Jahre 1921 und 1922 wiederholt lebhaft darauf gedrängt, daß die in der ursprünglichen Form der Weimarer Reichsverfassung unbestimmte vorgesehene Neuwahl des Reichspräsidenten alsbald vorgenommen werde. Die Wahl wurde zunächst aufgeschoben, weil die Witswahl Oberschlesiens noch nicht möglich war. Als dann die neuen Grenzen Oberschlesiens feststanden, wurde in voller Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten der 3. Dezember 1922 als Wahltag in Aussicht genommen. Aus diesem hohen Hause entsprang jedoch nachträglich der dringende Wunsch, die Neuwahl zu verschieben. Fünf Parteien des Hauses brachen ein Initiativgesetz ein, wonach der von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident sein Amt bis zum 30. Juni 1925 führen soll. Das Gesetz wurde am 27. Oktober 1922 mit sehr großer Mehrheit als verfassungsänderndes Gesetz angenommen, und zwar in der Form, daß es der Verfassung selbst einverleibt wurde. Damit sollte dieser Frage eine ruhige, feste Grundlage gegeben werden. Seither sind keine Umstände hervorgetreten, die plötzlich eine Aenderung notwendig machen könnten. Eine solche Aenderung würde eine Aenderung der Verfassung sein und könnte daher nur mit verfassungsändernden Mehrheiten beschlossen werden. Die Regierung kann nicht glauben, daß das Haus sich zu einem so sprunghaften Wechsel seines nach eingehenden Verhandlungen niedergelegten Willens entschließen wird. Ganz besonders ungeeignet erscheint die Verbindung der Wahl des Reichspräsidenten gerade mit den Reichstagswahlen. Nach der Reichsverfassung soll der Reichspräsident dem Reichstag gegenüber eine unabhängige und selbständige Stellung einnehmen. Er soll dem Parteibetrieb und den Parteikämpfen entrückt werden. Aus diesem Grunde ist ersichtlich seine Wahlperiode anders bestimmt als die des Reichstags; er soll auf sieben Jahre, der Reichstag nur auf vier Jahre gewählt werden. Die Reichsregierung bitter daher, dem von den Abgeordneten hergt und Genossen eingebrachten Gesetzentwurf die Zustimmung nicht zu geben.

Abg. Müller-Fronten (Soz.): Der deutschnationalen Antrag würde keine Differenzen beseitigen, sondern neue schaffen.

Der Antrag der Deutschnationalen wird gegen die Antragsteller und den Abg. Neumann (DVP.) abgelehnt.

Nach debattierter Erledigung der dritten Lesung des Rot- etats wird die Schlussabstimmung auf morgen vertagt.

Um 8 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, 12 Uhr mittags. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Vorlage über die Golddiskontbank, die Abstimmung über die zu den Regierungsverordnungen gestellten Anträge und eine Reihe von Anträgen, die sich auf die Neuwahlen beziehen. Ein Antrag will den Abgeordneten bis zu den Neuwahlen Freisahrtarten bewilligen. Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei will als Termin der Neuwahlen Sonnabend, den 12. April festsetzen, diesen Tag zum öffentlichen Feiertag machen und die Arbeitgeber zur Fortzahlung des Lohnes für den Wahltag verpflichten. Ein Antrag der bürgerlichen Parteien verlangt für die Karwoche ein Verbot aller politischen und Wahlversammlungen.

Ein kommunistischer Widerspruch gegen die dritte Lesung der Goldbankvorlage findet nicht die nötige Unterstützung.

Der gesunde Bohnenkaffee-Erztz! Gehaltvoll-sparsam

# Mofasan

## Das Dreieck ist in den Kreisen anspruchsvoller Raucher wohlbekannt

100 PUHONNY